:antifaschistische nachrichten

Nr. 3

g 3336 10.2.2011 27. jahrg./issn 0945-3946 1,50 €

www.antifaschistische-nachrichten.de

Bundestagsabgeordnete rufen zur Anti-Nazi-Demonstration in Dresden auf

In einem Clip auf YouTube kündigen 18 Mitglieder des Bundestages – unter ihnen Wolfgang Thierse, Petra Pau und Hans-Christian Ströbele – ihre Teilnahme an den Blockaden gegen den Nazi-Aufmarsch in Dresden an und rufen zur breiten Beteiligung auf. Anlässlich der Veröffentlichung erklären Daniela Kolbe (SPD), Nicole Gohlke (DIE LINKE) und Monika Lazar (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): „Wir, drei Bundestagsabgeordnete aus den Fraktionen SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, wollen nicht tatenlos dabei zusehen, wie Nazis am 19. Februar 2011 ihren Großaufmarsch in Dresden unbehelligt abhalten können. In Anknüpfung an das letzte Jahr wollen wir ihnen zeigen, dass eine starke Zivilgesellschaft ihnen den öffentlichen Raum nicht überlassen wird.

Gemeinsam mit 15 weiteren Kolleginnen und Kollegen zeigen wir deshalb Flagge: Wir sind für eine friedliche Blockade der Nazis am 19. Februar in Dresden. Wir werden uns an diesen Blockaden beteiligen. Wir möchten die Menschen mit unserem parteiübergreifenden Clip ihrerseits zur Teilnahme ermutigen.

Wir beteiligen uns an den Blockaden, um zu zeigen, dass eine breite Mehrheit gegen die Nazis ist. Wir zeigen Zivilcourage, weil bloßes Zuschauen heißt, den Nazis Platz zu machen. Die Beweggründe erklären wir und unsere Kolleginnen und Kollegen in einem Videoclip, der am heutigen Mittwoch, den 26. Januar, um 12 Uhr online geht. Das Video findet man unter dem Link http://www.youtube. com / watch?v=SMz1qBXQaic“

Am Clip sind beteiligt: Iris Gleicke, Daniela Kolbe, Steffen-Claudio Lemme, Sönke Rix, Florian Pronold und Wolfgang Thierse von der Bundestagsfraktion SPD; Sevim Dagdelen, Klaus Ernst, Nicole Gohlke, Katja Kipping, Niema Movassat und Petra Pau von der Bundestagsfraktion DIE LINKE; Viola von Cramon, Katja Keul, Sven-Christian Kindler, Stephan Kühn, Monika Lazar und Hans-Christian Ströbele von der Bundestagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. *PM Monika Lazar* ■

Aus dem Inhalt:

Viel Protest bei Naziaufmärschen in Dresden erwartet 5

Keine Ehrung von Louis-Ferdinand Céline! 9

Am Samstag, 5. Februar 2011 führten Antifaschistinnen und Antifaschisten in Dortmund eine größere Plakatieraktion zur Mobilisierung der Proteste gegen den Naziaufmarsch am 19. Februar in Dresden durch. In Nordrhein-Westfalen gibt es zahlreiche Gruppen und Organisationen, die mit Bussen nach Dresden mobilisieren (alle Infos unter: www.nrw.dresden-nazifrei.com). *Quelle: indymedia*

Aktionstag gegen Extremismuserklärung

1. Febraur 2011: Rund 1000 Organisationen und Einzelpersonen haben sich an diesem Tag mittels online-basierter sozialer Netzwerke, Briefen, E-Mails und Pressemitteilungen am Protest gegen die ‚Bespitzelungsklausel‘ des Bundesfamilienministeriums für die Projekte gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus beteiligt. Sie forderten Familienministerin Schröder und die Bundeskanzlerin Merkel auf, den umstrittenen Passus zurückzunehmen.

Neben SPD, Bündnis 90/Die Grünen und LINKE sowie den Gewerkschaften beteiligten sich zahlreiche zivilgesellschaftliche Initiativen, lokale Bündnisse gegen Rechts, Bildungsträger, Wissenschaftler/innen und Wohlfahrtsverbände an den Protesten – so u.a. die Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus, der Verein Gesicht zeigen!, das Haus der Demokratie und Menschenrechte sowie der Leiter des renommierten Zentrums für Antisemitismusforschung, Prof. Wolfgang Benz. Auch der Bundesarbeitskreis Kirche und Rechtsextremismus positioniert sich gegen die Extremismuserklärung.

Die Initiatoren des bundesweiten „Aktionstages für Demokratie – gegen Misstrauen und Bekenntniszwang“– Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V., Kulturbüro Sachsen e.V., Opferperspektive Brandenburg e.V. und der Verein für Demokratische Kultur in Berlin e.V. (VDK) – freuen sich über die große Resonanz, die der Aufruf zum Aktionstag gefunden hat und heben hervor, dass damit die Demokratie-Projekte ganz konkret unterstützt werden.

„Angesichts des breiten gesellschaftlichen Protests erwarten die Initiatoren, dass Familienministerin Schröder nun die ‚Bespitzelungsklausel‘ aus den Zuwendungsbescheiden der Projekte gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus ersatzlos streicht,“ resümieren die beteiligten Initiatoren.

Die Dokumentation des bundesweiten „Aktionstag für Demokratie – gegen Misstrauen und Bekenntniszwang“ findet sich unter:

http://aktionstaggegenbekenntniszwang.blogsport.de/ ■

Erneutes „Lesertreffen"

Schloss Weissenstein/Pommersfelden. Erneut lädt „Lesen & Schenken" (Kiel) um den Verleger und Bio-Bauern Dietmar Munier, Herausgeber des extrem rechten Monatsmagazins „ZUERST", zu einem „Lesertreffen" in das Schlosshotel in Pommersfelden bei Bamberg ein. Zu dem vom 1. bis 4. April stattfindenden Treffen, das in Kooperation mit dem „Schulverein zur Förderung der Rußlanddeutschen in Ostpreußen" durchgeführt wird, werden einschlägig bekannte Referenten angekündigt. Dazu gehören u.a. der FPÖ-Europaparlamentarier Andreas Mölzer, der aus der SPD ausgetretene Bürgermeister von Krauschwitz, Hans Püschel, der auf der Liste der NPD zum Landtag kandidieren will, Prof. Dr. Theodor Schmidt-Kaler, 1981 einer der Erstunterzeichner des rassistischen „Heidelberger Manifests", und Götz Kubitschek aus dem um die „Junge Freiheit" angesiedelten „Institut für Staatspolitik".

Erwartet werden auch Vorträge des ehemaligen „Junge Freiheit"-Redakteurs Hans-Ulrich Kopp, heute stellvertretender Vorsitzender des revanchistischen „Witikobundes" und Altherren-Vorsitzender der „Burschenschaft Danubia" in München, dem ehemaligen „Republikaner"-Funktionär und „ZUERST"-Kolumnisten Harald Neubauer und dem pensionierten Pädagogen Günter Pahl-Keitum. Angemietet haben die Veranstalter die gesamten Kapazitäten des Hotels im Schloß Weißenstein. *hma* ■

Einschlägige Absichten

Berlin. Unter dem Motto „Preußen für Berlin" will die selbsternannte „Bürgerbewegung pro Deutschland" am Freitag, den 25. Februar, um 18 Uhr, vor dem Standbild von Friedrich II., Unter den Linden in Berlin, eine Mahnwache aus Anlass des Jahrestags der offiziellen Auflösung Preußens durchführen. Noch im Laufe des Jahres will die aus der extrem rechten „Bürgerbewegung pro Köln" hervorgegangene Gruppierung eine Jugendorganisation ins Leben rufen. Als mögliche Gründungsorte sind München und Berlin im Gespräch. Als Kontaktperson wird Stefan Werner aus München angegeben. Der Finanzkaufmann hatte noch 2005 auf der Liste der neofaschistischen NPD für den Bundestag kandidiert, die mit Parolen wie „Fremdarbeiter stoppen" und „Kriminelle Ausländer raus!" in den Wahlkampf gezogen war.

Zuwachs aus der einschlägig rechten Ecke erhielt die „Pro"-Bewegung jüngst auch in Dortmund. Hier traten der Stadtrat Max Branghofer, zuletzt noch Landesvorsitzender der nun mit der NPD fusionierten „Deutschen Volksunion" (DVU), und sein Sohn Gerald, zuletzt Bezirksvertreter der DVU in Dortmund, der sog. „Bürgerbewegung pro NRW" bei.

hma ■

Hoher Besuch

München. Kardinal Reinhard Marx besuchte unlängst das von „Opus Dei" geleitete „Studentinnenheim Aurach" im Münchener Stadtteil Schwabing. Gemeinsam mit den 18 Studentinnen, die derzeit dort wohnen und dem Regionalvikar des „Opus Dei" in Deutschland, Prälat Dr. Christoph Bockamp, feierte Marx dort eine Messe.

Große Erwartungen setzt die 1928 gegründete Organisation derzeit auf den Film „There be Dragons" („Du wirst auf Drachen treffen"), der im Frühjahr in die englisch- und spanischsprachigen Kinos kommen soll. Gedreht wurde der Film, der während des spanischen Bürgerkriegs spielt und den Gründer des „Opus Dei", Josemaria Escriva (1902-1975), in den Mittelpunkt stellt, von Regisseur Roland Joffe („The Mission", „The Killing Fields"). *hma* ■

3. Schändung der Gedenktafel innerhalb von nur neun Monaten

Leipzig. Am 2. Mai 2010 wurden zur Erinnerung an die Opfer der Todesmärsche im Frühjahr 1945 in Leipzig und dem Muldental an zwei Gedenkorten, Heiderblickstraße 26/28 und Kamenzer Straße 10, Gedenktafeln und Wegezeichen installiert.

Am 23.8.2010 wurde durch noch unbekannte Täter das Wegezeichen und die zugehörige Gedenktafel in der Kamenzer Straße 10 entfernt und durch ein Haltestellenschild, kombiniert mit einem Panzerschild, ersetzt.

In der Nacht vom 9. zum 10.10.2010 wurden diese zum zweiten Mal entfernt. An deren Stelle wurden dieses Mal zwei Zeichen mit der Bezeichnung „Buchenwald" und „Stalingrad" und die entsprechende Kilometerangabe angebracht.

Nun wurde in der Zeit zwischen 10. und 29. Januar 2011 die Gedenktafel zum Wegezeichen vor dem Gedenkort in der Kamenzer Straße 10 wieder geschändet. Unbekannte Täter haben ein größeres Stück aus der Gedenktafel herausgebrochen und beseitigt.

Dies ist nun die 3. Schändung der Gedenktafel an der ehemaligen KZ-Außenstelle in der Kamenzer Straße 10 innerhalb von nur neun Monaten seit der Errichtung der Gedenkinstallation. Es liegt nahe, dass es sich wiederum um eine neonazistisch motivierte Tat handelt!

PM Gruppe Gedenkmarsch ■

Dresden: Nazis marschieren auch am 12. Februar!

Dresden. „Als unverständliche Geheimniskrämerei" bezeichnet Kerstin Köditz, Sprecherin für antifaschistische Politik der Landtagsfraktion der LINKEN das Verhalten der Stadt Dresden, die die weitere Anmeldung eines Naziaufmarsches am 12. Februar bisher verschwiegen hat.

Kerstin Köditz:

„Die Antwort der Staatsregierung auf meine Kleine Anfrage zu den Aktivitäten der extremen Rechten in Dresden im Umfeld der 13. Februars (Drs. 5/4592) unterstreicht die Einschätzung, dass die Verantwortlichen der Landeshauptstadt offenkundig aus den Erfahrungen der vergangenen Jahre nichts gelernt haben. Böswilligere Betrachter als ich es bin könnten den Eindruck haben, im Rathaus gäbe es Kräfte, die sich über ein ungestörtes Marschieren von Neonazis und Geschichtsrevisionisten freuen würden.

War bisher davon ausgegangen worden, dass lediglich Aufmärsche dieses Spektrums am 13. Februar und am 19. des Monats stattfinden werden, so korrigiert dies die Staatsregierung nunmehr durch die Information, dass der langjährige Veranstalter dieser Demonstrationen, die Junge Landsmannschaft Ostpreußen, auch für Samstag, den 12. Februar, eine Versammlung mit 2.000 Personen angemeldet hat.

Das wochenlange Verschweigen dieses Umstands durch die Stadt Dresden verschärft die Sicherheitslage um den Jahrestag gravierend und hat natürlich Folgewirkungen für die weiteren angemeldeten Veranstaltungen am 13. und am 19. Februar.

Eine verantwortungsbewusste Stadtverwaltung wäre sich bewusst gewesen, dass gerade im Sinne der Prävention eine umfassende Information der Bevölkerung unverzichtbar gewesen wäre.

Hier ist besonders die Oberbürgermeisterin Frau Orosz in der Pflicht, wenn sie sich nicht dem Vorwurf aussetzen will, ihre eigenen Aktivitäten seien nicht mehr als Symbolpolitik. Ich werde dieses Thema im Innenausschuss des Landtages zur Sprache bringen."

PM Kerstin Köditz ■

Vergessene Erinnerung

Dresden. Am 16. Februar um 16.00 Uhr findet am Mahnmal für die deportierten Dresdner Jüd_innen am Eingang des Bahnhofs Neustadt eine Veranstaltung zum Gedenken an die durch Nationalsozialist_innen gedemütigten, verfolgten und ermordeten Dresdner Juden und Jüdinnen statt.

Der 16. Februar 1945 sollte der letzte Deportationstag für die noch in Dresden verbliebenen Jüd_innen sein. Die Deportationen konnten aufgrund der Bomben-

angriffe nicht mehr stattfinden.

Die Tage, Monate und Jahre zuvor waren für die jüdische Bevölkerung geprägt von Angst, von Beschimpfungen durch Nachbar_innen, (ehemalige) Mitschüler_innen und Kolleg_innen und vom Verschwinden ganzer Familien und vieler Freund_innen. Kaum Jemand fand sich, um zu helfen und damit für Gerechtigkeit und Menschenwürde einzutreten. Die Masse schwieg. Schlimmer noch, viele stimmten zu, denunzierten, waren Teil der Vernichtung oder bereicherten sich. Die Bombenangriffe richteten sich auch gegen diesen Verlust der Zivilität.

In Dresden mahnen erst fünf Stolpersteine der ermordeten jüdischen Bewohner_innen. Insbesondere der Neustädter Bahnhof als Ausgangspunkt der Deportation in Vernichtungslager, der Wettiner Platz als Ort der Bücherverbrennung und das „Judenlager Hellerberg“ sollten stärker in der Dresdner Erinnerungskultur verankert werden.

Dass Dresden heute noch blinde Flecken in der Erinnerungskultur hat, zeigte sich besonders deutlich, als 2010 der Neustädter Bahnhof als Versammlungsort der Neonazis gewährt wurde oder in vergangenen Jahren der rechte Aufmarsch an der Synagoge vorbei führen durfte. Die behördliche Praxis ist hier mit der gebotenen Würde der Opfer nicht vereinbar.

Deshalb laden wir am 16. Februar, 16.00 Uhr, zum Erinnern und Vergegenwärtigen der Verbrechen des Nationalsozialismus an die Gedenktafel zur Deportation der Dresdner Jüd_innen am Bahnhof Neustadt / Schlesischer Platz, ein. Nach einer kurzen Rede und Musik können Blumen und Kränze niedergelegt werden.

Gleichzeitig verlangt die Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus heute von uns das aktive Eintreten gegen Neonazismus, Antisemitismus und jede Form von Rassismus. Engagement gegen alte und neue Nazis und Rassist_innen – ob in Springerstiefeln oder Nadelstreifen - ist notwendig für den Schutz der Demokratie. Dabei darf ordnungspolitisches Handeln nicht von den demokratischen Grundvereinbarungen unserer Gesellschaft getrennt werden. Ziviler Ungehorsam und ein Protest in Sicht- und Hörweite sind wesentliche Elemente demokratischer Gestaltung.

Deshalb rufen wir alle Menschen auf, sich nach ihrem Gewissen und ihren Möglichkeiten am 19. Februar den Nazis entgegen zu stellen.

PM RAA ■

Hatikva e.V.; Jüdische Gemeinde zu Dresden, Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit e.V., Beratungsstellen für Betroffene rechtsmotivierter und rassistischer Gewalt – RAA Sachsen e.V., Kulturbüro Sachsen e.V. ■

„Die Freiheit“ bundesweit

Die Ende Oktober von Islamkritiker und EX-CDUIer Rene Stadtkewitz ins Leben gerufene Partei „Die Freiheit“ geht mittlerweile deutschlandweit auf Expansionskurs und auf Konfrontation zur „pro“-Bewegung. Bei angegebenen rund 1000 Mitgliedern verkündete Stadtkewitz in Düsseldorf, dass man nach absoluten Zahlen die meisten Mitglieder in NRW habe und dass Recklinghausen. Münster und Köln in diesem Jahr als Veranstaltungsorte anvisiert seien. Kontakte wurden auch nach Hessen sowie zur Bremer Gruppierung „Bürger in Wut“ geknüpft. International hat Stadtkewitz nicht nur die Fäden zum holländischen Rechtspopulisten Geert Wilders gesponnen, den er nach Berlin eingeladen hatte, sondern auch zur europäischen Anti-Islam- Bewegung, nach Dänemark und Schweden, nach Israel und nach den USA zu Sarah Palin.

aus Newsletter DIE LINKE, BAG Rechtsextremismus/Antifaschismus 1-2011, ag.rex@die-linke.de ■

Keinen Meter, keine Stimme für die NPD

Bremen. Am 22. Mai 2011 sind Wahlen im Lande Bremen. Gewählt werden die Bürgerschaft (Landtag), die Stadtbürgerschaft Bremen, die Beiräte der bremischen Stadtteile sowie in Bremerhaven die Stadtverordnetenversammlung. Zum ersten Mal seit 1999 wird die NPD dabei kandidieren.

Die NPD, die derzeit mit der DVU fusioniert, wird dann als „NPD – Die Volksunion“ antreten. Zum 1. Mai will sie ihre bundesweiten Aktivitäten deshalb auf Bremen konzentrieren. Mit einem „Sozialkongress“ auf der Bürgerweide und einem zentralen Aufmarsch wollen die Nazis „in die öffentliche Wahrnehmung“, wie ihr Wahlkampfleiter Jens Pühse in einem Interview sagte.

Pühse, seit früher Jugend in der rechtsextremen Szene im Raum Bremen aktiv, gehörte unter anderem der 1992 verbotenen „Nationalistischen Front“ an. Er gilt als wichtiger Strippenzieher der Rechtsrock-Szene und Urheber der „NPDSchulhof- CD“, mit der die Nazis unter Jugendlichen punkten wollten. Pühse, der kürzlich in einer Pressemitteilung „kurzen Prozess“ für „ausländische Sozialbetrüger“ verlangt hat, kündigte einen Wahlkampf an, wie ihn „die nationale Opposition in Bremen und Bremerhaven noch nie geführt habe“.

Tatsächlich haben NPD und DVU seit Jahren große Schwierigkeiten, im Bundesland Bremen neue Mitglieder zu rekrutieren. Und ob Pühse mit seinen angekündigten 1.000 NPD-Anhängern „natürlich in die Innenstadt“ kommt, ist mehr als fraglich. Immerhin war ein ähnlicher Versuch der NPD 2006 in Bremen gescheitert, weil ein breites antifaschistisches Bündnis unter dem Motto „Keinen Meter“ 10.000 Demokraten auf die Beine brachte, die sich den Nazis erfolgreich in den Weg stellten.

Auch diesmal ist ein solches Bündnis schon auf dem Weg. Und der Deutsche Gewerkschaftsbund hat wegen der geplanten Nazi-Aktivitäten seine traditionelle Marschroute für den 1. Mai geändert. Er ruft stattdessen zu einem Sternmarsch auf, der der NPD den Weg in die Innenstadt unmöglich macht.

Hanne Beutel in: Der Bremer Antifaschist, Februar 2011, Zeitung der VVN-BdA Bremen ■

Extremismus-Erklärung schadet dem Kampf gegen Rechts

Berlin. „Mit der Extremismus-Erklärung stellt Bundesfamilienministerin Kristina Schröder das Engagement gegen Rassismus und Rechtsextremismus unter den Generalverdacht der Verfassungsfeindlichkeit. Damit spaltet sie den Widerstand gegen den Neofaschismus und arbeitet den Nazis in die Hände“, erklärte die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Ulla Jelpke, anlässlich des Protesttages am 1.Februar gegen die Extremismus-Erklärung, deren Unterzeichnung das BMFSFJ allen Trägern im Rahmen des Programms „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ abverlangt.

Jelpke weiter: „Bevor mich aus den Bundesprogrammen geförderte Projekte gegen Rechtsextremismus als Rednerin oder Referentin einladen können, müssen sie sich künftig erst beim Verfassungsschutz kundig machen, ob ich womöglich einem angeblich extremistischen Flügel der Partei DIE LINKE angehöre. In einem solchen Fall müssten diese Projekte die Kooperation mit mir beenden, um nicht ihre Förderung zu verlieren.

Wer von den geförderten Projekten eine Überprüfung ihrer Kooperationspartner mit Hilfe des Verfassungsschutzes verlangt, will Antifaschistinnen und Antifaschisten zu Hilfssheriffs des Geheimdienstes machen. Dieser Knebel-Erlass ist ein finsterer Rückfall in Zeiten des Kalten Krieges und muss vom Tisch.“

Ulla Jelpke, MdB, Innenpolitische Sprecherin Fraktion DIE LINKE. ■

www.arbeiterfotografie.com

Großer Erfolg für Wuppertaler Bündnis, harsche Kritik an Polizei

Das „Wuppertaler Bündnis gegen Nazis“ wertet den Protest gegen die Nazikundgebung am Samstag, den 29.1. als großen Erfolg der Wuppertaler Bürgerinnen und Bürger. Schon früh zeichnete sich ab, dass der von der Polizei gewünschte Ort für die Auftaktkundgebung vor der „Kirche in der City“ für die vielen Menschen, die ihrer Solidarität im Kampf gegen Nazis Ausdruck geben wollten, viel zu klein war. Mehr als 5000 Menschen füllten den Platz bis hinüber zu den City-Arkaden. Guntram Schneider (Minister für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen), der neben der Remscheider Oberbürgermeisterin Beate Wilding und dem Wuppertaler Oberbürgermeister Peter Jung zu Beginn der Veranstaltung sprach, beendete seine Grußworte an die Demonstrierenden mit dem Bertolt Brecht zugeschriebenem Zitat: „Wo Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht“.

www.arbeiterfotografie.com

Mehr als vier Stunden gelang es den Demonstrierenden, dem Brecht-Zitat folgend die Nazikundgebung zu verhindern. Zeitweilig war der komplette Bahnverkehr rund um Wuppertal – bis Köln und Düsseldorf – eingestellt, wodurch die Anreise von auswärtigen Nazis verhindert wurde.

Harsche Kritik übt das Wuppertaler Bündnis an der Strategie und am Einsatz der Polizei. Immer wieder gingen Polizeikräfte mit unverhältnismäßiger Härte gegen die Bündnisaktivitäten vor. Bereits mit Beginn des Demonstrationszuges benutzte die Polizei Pfefferspray und verletzte so die in erster Reihe friedlich Demonstrierenden. Auch im weiteren Verlauf versuchten Polizeikräfte immer wieder mit unverhältnismäßigen Schlagstockeinsätzen und weiterem Pfeffersprayeinsatz den legitimen Protest der Demonstrierenden, ohne Rücksicht auf ältere Menschen und Kinder, zu unterbinden. Mehrfach wurden kleinere und größere Gruppen der Gegendemonstrantinnen und Gegendemonstranten zeitweise eingekesselt. In der Unionstraße setzte die Polizei 40 Personen sogar über mehrere Stunden fest. Dagegen konnten versplitterte Nazigruppen unbehelligt von der Polizei mit Reichskriegsflagge vom Barmer Bahnhof in Richtung Unterbarmen marschieren und Gegendemonstrierende brutal angreifen.

In der Mitte: Axel Reitz Foto: www.arbeiterfotografie.com

Erst am Nachmittag, kurz nach 16.00 Uhr, konnte sich die Nazidemo von gerade einmal 100 Nazis unter Schwenken der Reichskriegsflagge vom Unterbarmer Bahnhof in Richtung Elberfeld in Bewegung setzen. Bei ihrem Marsch wurden sie von einem enormen Polizeiaufgebot eskortiert. Trotzdem wurde nicht unterbunden, dass sich einzelne Nazis von der genehmigten Route absetzten, im Rücken der Polizei die Gegendemonstrierenden provozierten und angriffen und wohl auch das Cinemaxx mit Steinen attackierten.

Ebenfalls sehr fragwürdig ist, dass die Polizei die in Solingen festgesetzten Nazis

www.arbeiterfotografie.com

mit Bussen der Wuppertaler Stadtwerken nach Wuppertal eskortierte. In anderen Städten erfahren Nazis keinen derartigen polizeilichen „Schmusekurs“, dort werden letztlich Nazidemos abgesagt. Desgleichen ist nicht nachvollziehbar, weshalb den Nazis nach Beendigung ihrer Kundgebung für den Transport zum Abreisebahnhof in Vohwinkel, wiederum Busse der Wuppertaler Stadtwerke zur Verfügung gestellt wurden.

Eine genaue Auskunft über die Zahl der Verletzten und der Festgenommenen kann zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht gegeben werden. Nach dem bisherigen Stand sind auf Seiten der Demonstrierenden mehr als 40 Personen entweder durch Polizeieinsätze oder durch Zusammentreffen mit Nazis verletzt und ca. 70 Personen festgenommen worden.

Pressemitteilung des „Wuppertaler Bündnisses gegen Nazis“, 30.1.2011 ■

Dresden: Proteste bei Naziaufmärsche am 13./19. Februar erwartet

Wie in jedem Jahr wollen Neonazis, die teilweise aus ganz Europa anreisen, am bzw. um den 13. Februar herum ihren Großaufmarsch durchführen. In diesem Jahr geschieht dies jedoch unter anderen Vorzeichen.

Im letzten Jahr verhinderten Tausende erstmals mittels Massenblockaden den letzten verbliebenen bundesweiten Nazi-Großaufmarsch. Für den 19. Februar sind wieder Blockaden angekündigt und auch am 13. Februar will man sich den Neonazis entgegenstellen. Doch nicht nur die Aufmärsche stehen im Fokus, sondern auch das, was gemeinhin als „Mythos Dresden“ bezeichnet wird.

Der Februar 2011

Auch in diesem Jahr bereiten wieder verschiedene Kreise Aktivitäten gegen den Naziaufmarsch und zum Themenkomplex „Opfermythos und Gedenken“ vor. Das breite, zivilgesellschaftliche Bündnis Dresden Nazifrei ruft erneut zu Massenblockaden auf, unterstützt vom Antifa-Bündnis no pasarán. Beide Bündnisse eint das Vorhaben, mittels Massenblockaden den Naziaufmarsch zu verhindern. No pasarán thematisiert darüber hinaus die Schieflage im Dresdner Gedenkdiskurs. So heißt es im Aufruf:

„Der ‚Mythos Dresden‘ handelt von einem ‚sinnlosen Angriff‘ auf eine ‚unschuldige Kulturstadt‘ („Elbflorenz“) und ihre Zivilbevölkerung, bis hin zu angeblichen Tieffliegerangriffen auf ZivilistInnen. Diesem ‚sinnlosen Vernichtungswahn‘ seien Hunderttausende zum Opfer gefallen. Doch Dresden war keine unschuldige Stadt. Dresden war, wie alle deutschen Städte, eine nationalsozialistische Stadt. Auch große Teile der Dresdner Bevölkerung haben das nationalsozialistische Regime und damit dessen Verbrechen mitgetragen.

Desweiteren wird die Absurdität der in konservativen Kreisen in Sachsen beliebten Extremismustheorie angesprochen. no pasarán dazu:

„Das Gesetz verbietet u.a. Demos, die ‚Organe oder Vertreter der nationalsozialistischen oder kommunistischen Gewaltherrschaft als vorbildlich oder ehrenhaft darstellen.‘ Es stellt damit die Rote Armee mit SS-Verbänden, also die Befreier von Auschwitz mit den Betreibern von Auschwitz, auf eine Stufe – eine glasklare NS-Verharmlosung in Gesetzesform.“

Auch das Bündnis Dresden Nazifrei hat begonnen, sich mit dem Diskurs um Dresdner Opfer und das städtische Gedenken zu beschäftigen. Anfang Februar werden dazu eine Reihe von Beiträgen zur Debatte aus den verschiedenen Spektren des Bündnisses veröffentlicht. Am 13. Februar selbst ist ein Gedenkweg zu den „Orten der Täter“ geplant. Hierbei soll dem bisher gepflegten, undifferenzierten Gedenken an die Toten der Bombardierung ein Erinnern an verschiedene Dresdner Täter gegenübergestellt werden. Somit will man zur Kontextualisierung der Ereignisse und damit des Gedenkens beitragen.

Und die anderen?

Wie im vergangenen Jahr ruft die Oberbürgermeisterin gemeinsam mit Vertretern aller Parteien des Dresdner Stadtrates mit Ausnahme der NPD zu einer Menschenkette am 13. Februar auf. Mit im Boot sind neben Künstlern und Sportlern auch Gewerkschaften, Kirchen und die jüdische Gemeinde. Laut Aufruf gilt die Menschenkette als: „Zeichen für verantwortliches Erinnern! Ein Zeichen gegen den Missbrauch unserer Geschichte durch eine rassistische und menschenverachtende Ideologie. Wie schon im vergangenen Jahr soll somit „ein wahrhaftiges Gedenken in Abgrenzung zu dem der Nazis“ inszeniert werden. Im Aufruf dazu heißt es:

„Am Jahrestag der Luftangriffe auf Dresden im Februar 1945 gedenken wir des Leids der Bombennacht. Wir schließen in unser Gedenken die Millionen Opfer der nationalsozialistischen Verbrechen und des Zweiten Weltkriegs ein. Wir erinnern an die historische Verantwortung, die auch unsere Stadt für diese Verbrechen und diesen Krieg trägt.“.

Neu ist in diesem Jahr ist, dass die Menschenkette auch über Elbbrücken führen und somit einen größeren Bereich als im Vorjahr umschließen soll. Wie die Oberbürgermeisterin aber selbst wissen könnte, wird auch in diesem Jahr keine Behinderung der Nazis davon ausgehen. Zum einen ist eine Demonstration vom Charakter der JLO in der historischen Altstadt am 13. Februar ohnehin verboten und außerdem lässt das, was bisher bezüglich der Neonaziroute durchgesickert ist, den Schluss zu, dass die Menschenkette exakt in die falsche Richtung ausgedehnt wird.

Wie in jedem Jahr wird auch 2011 wieder das Gedenken am Morgen des 13.2. auf dem Dresdner Heidefriedhof stattfinden. Während die Landtagsfraktion der LINKEN zu einem Boykott der Veranstaltung aufruft, werden die lokalen Parteien ausnahmslos an der Veranstaltung teilnehmen.

Die Mobilisierung

Nachdem bereits Ende Mai 2010 eine Bilanz- und Strategiekonferenz in Jena zur Vernetzung sowie zum Austausch über den 13. Februar 2011 in Dresden genutzt wurde, bildete den Startschuss der Mobilisierung eine Aktionskonferenz Anfang Oktober in Dresden. Diese wurde vom Bündnis Dresden-Nazifrei mit Unterstützung von No-Pasarán ausgerichtet. Neben inhaltlichen Workshops zu zivilem Ungehorsam, Gedenken oder zur Bedeutung von Aufmärschen für die Naziszene gab es ebenfalls Input-Referate u.a. zur Bündnisarbeit und zur Busorganisation.

Seit dieser Konferenz haben die Bündnisse ihre Arbeit an den Vorbereitungen zur Verhinderung des Naziaufmarsches wieder voll aufgenommen. Neben den bundesweiten Zusammenschlüssen haben sich auch mehrere regionale Bündnisse gefunden, die eine Anreise nach Dresden im Februar vorbereiten. Inzwischen gab es bereits Podiumsdiskussionen und Regionalkonferenzen in einer Reihe von Städten, sowie mehrere Infoveranstaltungen in Dresden und darüber hinaus. An zwei Aktionstagen im Januar fanden öffentliche Plakatieraktionen, sowie Probesitzen im öffentlichen Raum statt. Um die Mobilisierung in Dresden voran zu treiben, fand neben einer Reihe von Aktionen auch ein Smartmob durch die Innenstadt statt. Dresden-Nazifrei hofft auf insgesamt 250, Busse die zum 19. Februar anreisen werden.

Quelle: ra auf indymedia ■

Aktuelle Infos: www,dresden-nazifrei.com
http://no-pasaran.mobi/
http://dresden1302.noblogs.org/

Erfolgreiche Protestkundgebung des Hamburger Bündnisses gegen Rechts

Hamburg. An einer Kundgebung des Hamburger Bündnisses gegen Rechts am Samstag, den 29.1.11 in Harburg haben über 400 Menschen, junge und alte AntifaschistInnen, MigrantInnen und KünstlerInnen, WissenschaftlerInnen und Stadtteilinitiativen, Gewerkschaften, NS-Verfolgten Organisationen, Kirchen und Parteien teilgenommen, um mit uns gemeinsam und solidarisch gegen die Neonazis zu protestieren.

„Wir haben heute ein deutliches Zeichen gegen Rassismus und Neofaschismus in Hamburg gesetzt. Unserx Strategie, die Nazis mit einem großen Protestbündnis gesellschaftlich zu isolieren, ist aufgegangen“, sagt Bela Rogalla vom Hamburger Bündnis gegen Rechts.

Es ist ein Skandal, dass Innensenator Vahldiek (CDU) den mehrfach wegen Volksverhetzung strafrechtlich verurteilten Neonazis Thomas Wulff als Versammlungsleiter und Redner auf der Kundgebung der NPD Hamburg akzeptiert hat.

Die Polizeiführung hat mit einem martialischen Polizeiaufgebot die Neonazi-Kundgebung abgeschirmt, im Einsatz waren vier Wasserwerfen und ein Räumpanzer sowie tausend Polizisten. Außerdem wurden von Seiten der Polizei willkürlich und unverhältnismäßig Platzverweise gegenüber AntifaschistInnen angeordnet. So auch gegenüber einer Rednerin von der Vereinigung Verfolgter des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA), die nur auf Umwegen zu der Kundgebung kommen konnte.

Nazikundgebung in Harburg FotoArchivKollektiv

Die polizeilichen Absperrungen und Maßnahmen waren unverhältnismäßig, weil von der Kundgebung des Hamburger Bündnisses gegen Rechts zu keinem Zeitpunkt Provokationen gegenüber der Polizei ausgegangen sind.

Wir fordern von Innensenator Vahldiek, dass die Kundgebung der NPD Hamburg am 12. Februar 2011 auf dem Gänsemarkt verboten wird.

Sollte dies nicht der Fall sein, werden wir alle Menschen in Hamburg aufrufen, den Nazis in der Hamburger Innenstadt den Platz streitig zu machen, um ein klares Zeichen gegen Antisemitismus, Rassismus und Neofaschismus zu setzen.

Pressemitteilung des Hamburger Bündnisses gegen Rechts Hamburg, den 29.1.2011 ■

Zug der Erinnerung: Neue Fahrt beginnt im März

Noch vor Beginn seiner neuen Fahrt durch NRW und an die niederländische Grenze begleitet der „Zug der Erinnerung“ das Gedenken in den früheren Deportationsorten. Zum Holocausttag (27. Januar 2011) und unter Hinweis auf den kommenden Aufenthalt des Zuges wurde in Mönchengladbach angeregt, am Bahnhof der Stadt ein Mahnmal zu errichten Über 400 Bürger sind aus Mönchengladbach mit der „Reichsbahn“ verschleppt worden. Die Anregung erging in einem Brief an den heutigen Bahnchef Rüdiger Grube. Grube ist auch Adressat zahlreicher Beschwerden, in denen Bürgerorganisationen ebenso wie Kommunalvertretungen auf der neuen Fahrtroute des Zuges ein Ende der Bepreisung des Gedenkens durch die Deutsche Bahn AG verlangen. Der private Trägerverein des Zuges rechnet in NRW mit Bahngebühren von über 10 Tausend Euro.

Kooperationspartner des Zuges ist in NRW das Bistum Aachen. Es hat für die Aufnahme der Zugausstellung in mehr als 10 Städten gesorgt und trägt erhebliche Teile der Kosten. Die überparteilichen Aktivitäten des Zuges schließen Menschen jedweden Bekenntnisses ein, wenn sie gegen Rassismus und Rechtsextremismus zusammenstehen. Einziges Ziel des Trägervereins ist der vorbehaltlose Bruch mit dem Erbe der Täter, das Gedenken an die Opfer und die Hilfe für die Überlebenden.

Anmeldungen und Infos unter http:// zug-der-erinnerung-im-bistum-aachen.de ■

Mönchengladbach (Donnerstag, 10. März - Samstag, 12. März)
Viersen (Sonntag, 13. März - Dienstag, 15. März)
Grevenbroich (Mittwoch, 16. März - Donnerstag, 17. März)
Neuss (Freitag, 18. März - Samstag, 19. März)
Krefeld (Sonntag, 20. März - Dienstag, 22. März)
Heinsberg (alternativ Erkelenz) (Mittwoch, 23. März - Donnerstag, 24. März)
Geilenkirchen (Freitag, 25. März - Samstag, 26. März)
Herzogenrath (Sonntag, 27. März - Dienstag, 29. März)
Stolberg (Mittwoch, 30. März - Donnerstag, 31. März)
Düren (Freitag, 1. April - Samstag, 2. April)
Aachen (Sonntag, 3. April - Mittwoch, 6. April)
Schleiden (Donnerstag, 7. April)
Hellenthal (Freitag, 8. April)

Anschläge auf Berliner Moscheen

Berlin. Eine Serie von Brandanschlägen sorgt derzeit für Empörung und Unsicherheit nicht nur bei muslimischen Berlinerinnen und Berlinern. Jüngstes Ziel war am vergangenen Sonnabend die Moschee in der Brienner Straße in Wilmersdorf. Die 1928 eröffnete Moschee ist die älteste Moschee der Stadt und gehört der Lahore-Ahmadiyya-Bewegung. Dank der Aufmerksamkeit von Passanten und des im Gebäude lebenden Gemeindevertreters, die die Polizei sofort alarmiert hatten, konnte das Feuer rasch gelöscht werden. Ratlosigkeit und Sorge herrschen in der Gemeinde nach dem Anschlag, allerdings berichtet sie auch von großer Anteilnahme und Unterstützung durch die Nachbarn im Stadtteil, die auch Hilfe anbieten, wie etwa Gemeindemitglieder der benachbarten Dänischen Kirche. Für den Berliner Integrationsbeauftragten ist das ein ermutigendes Zeichen: „Diese Anschläge sind Anschläge auch gegen das Zusammenleben hier in Berlin. Die Täter versuchen, das Klima zu vergiften und Hass zu säen. Neben der Verstärkung der polizeilichen Schutzmaßnahmen ist darum entscheidend, dass sich die Berlinerinnen und Berliner über alle Religionsgrenzen hinweg entschieden gegen Hass und Gewalt stellen.“ *PM Beauftragter für Integration u. Migration Berlin, 13.1.11, www.berlin.de/lb/intmig/presse* ■

Stolberg: Neonazis stören Blockadetraining

Trotz polizeilicher Auflagen haben Antifaschisten in Stolberg bei Aachen ein öffentliches Blockadetraining durchgeführt. Mit der Aktion bereiteten sich die Neonazi-Gegner auf die Proteste gegen Europas größte Neonazi-Demonstration am 19. Februar in Dresden vor.

Foto: Dominik Clemens

Wie im vergangenen Jahr soll der Aufmarsch erneut durch Sitzblockaden verhindert werden. Rund 80 Teilnehmer folgten am Samstag dem Aufruf des „Bündnisses gegen den Naziaufmarsch in Stolberg 2011“, darunter Antifa-Aktivisten, Gewerkschafter und Vertreter verschiedener Parteien. Die Aachener Polizeibehörde hatte das Training im Vorfeld mit dem Hinweis auf eine angebliche „Gefährdung der öffentlichen Sicherheit“ erheblich eingeschränkt und unter anderem das „Einüben von Sitzblockaden und sogenannte szenische Wegtrageübungen“ per Auflage untersagt.

Im Vorfeld hatten die Überbleibsel der lokalen DVU um Rudolf Motter angekündigt, man solle sich dieses Schauspiel nicht entgehen lassen: „Ich denke wir werden uns köstlich amüsieren. Zudem kann es nie schaden, wenn man seine Gegner schon mal persönlich gesehen hat und kennt.“ Die Provokation mit Ansage fand statt – jedoch ohne die DVU. Noch bevor die angemeldete Versammlung eröffnet wurde, versuchte eine zehnköpfige, vom Ratsherrn Willibert Kunkel, angeführte Gruppe der örtlichen NPD auf den Kaiserplatz zu gelangen. Die Antifaschisten reagierten mit einer spontanen Sitzblockade – und inszenierten anschließend die Auflagen der nicht stattgefundenen Kundgebung als Straßentheater. Aufgeführt wurden unter anderem Techniken zum Umgehen von Polizeisperren und das Unterhaken bei Sitzblockaden. Mit Bussen fahren die Aktivisten in zwei Wochen nach Dresden, um das am Samstag trainierte in die Praxis umzusetzen. Am 9. April soll der Neonazi-Aufmarsch in Stolberg mittels Menschenblockaden erstmals verhindert werden.

Seit 2008 marschieren Anhänger von „Freien Kameradschaften“ und NPD regelmäßig durch die Kupferstadt. Anlass für die rassistischen Demonstrationen ist der Tod eines 19-Jährigen, der durch die Neonazis zum Märtyrer verklärt wird.

Mats Fogeman ■

„Pro Köln“ stört Richtfest der neuen Kölner Zentralmoschee

Köln. Nachtreten gilt nicht nur im Fußball als unsportlich. Äußerst unsportlich zeigte sich auch „pro Köln“ anlässlich des Richtfests der neuen DITIB-Moschee im Kölner Stadtteil Ehrenfeld. Eine Hand voll Mitglieder und Anhänger der rassistischen, selbsternannten „Bürgerbewegung“ provozierte an der Venloerstraße einen größeren Polizeieinsatz.

Dort entsteht derzeit ein imposanter Komplex, zwei Minarette ragen 55 Meter in die Höhe. Nach den Entwürfen von Paul Böhm baut die „Türkisch Islamischen Union der Anstalt für Religion e.V.“ (DITIB) ihre neue Zentralmoschee, die Platz für 1200 Gläubige bieten wird. Angeschlossen wird ein islamisches Kulturzentrum. Vor allem die Größe und der repräsentative Charakter der Moschee hatte in der Planungsphase für eine kontroverse, teils rassistisch aufgeladene Debatte in Köln gesorgt.

Insbesondere die seit 2004 im Rat der Domstadt vertretene extrem rechte Kleinpartei „pro Köln“ nutzte die Diskussion, um ausländerfeindliche Stimmungen zu schüren. Sie organisierte mehrere Demonstrationen in Ehrenfeld und initiierte 2007 ein Bürgerbegehren gegen den Moscheebau. Dieses scheiterte, weil mehr als ein Viertel der gesammelten Unterschriften ungültig waren.

An einer „Mahnwache“ am Rande der Baustelle nahmen rund 35 Rechtspopulisten teil. Von Teilen einer Polizeihundertschaft wurden sie auf Abstand zur Baustelle gehalten. Die doppelte Zahl von Antifaschisten versammelte sich auf der gegenüberliegenden Straßenseite und schützte den Moscheebau symbolisch. Aufgerufen zu der Protestaktion hatte das „Ehrenfelder Bündnis gegen Rechtsextremismus“.

Mit dem Entstehen der Moschee ist „pro Köln“ eines ihrer Kernthemen, nämlich die Kampagne gegen den Bau, verloren gegangen. Die Rechten könnten sich der „normativen Kraft des Faktischen nicht entziehen“, sagte Bezirksbürgermeister Josef Wirges (SPD) am Rande des Richtfests. Und doch darf nicht übersehen werden: In Ehrenfeld konnte „pro Köln“ bei der Kommunalwahl 2009 an Stimmen gewinnen. Mehr als sechs Prozent der Wähler gaben ihre Stimme der rassistischen Partei.

Mats Fogeman ■

Foto: Jörg Detjen

„Sie wollten ein besseres Deutschland“

„Erinnern, eine Brücke in die Zukunft!“ heißt seit Jahren das Motto der Kölner Gedenkveranstaltung am 27. Januar, dem Tag der Erinnerung an die Opfer der faschistischen Diktatur. In der Veranstaltung in diesem Jahr wurde besonders derjenigen Frauen und Männer gedacht, die 1945 aus Konzentrationslagern, Zuchthäusern oder tiefer Illegalität zurück kamen und sich sofort an den Aufbau einer neuen, demokratischen Gesellschaft machten.

Foto: mp

www.arbeiterfotografie.com

Die „Brücke in die Zukunft“ bildete die Erkenntnis, dass ihre Vorstellungen nicht nur nicht verwirklicht wurden, sondern das diejenigen, die dem Nazismus widerstanden hatten, in den Jahren nach 1947 häufig wieder zu einer unbequemen und politisch randständigen Gruppe gehörten. Waren sie Kommunist(inn)en, erwartete sie in den fünfziger Jahren wieder Verfolgung, Illegalität und Haft – manchmal in den gleichen Zuchthäusern, in denen sie wenige Jahre zuvor schon einmal einsaßen.

Im gut gefüllten Schiff der Antoniterkirche in der Schildergasse umriss Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes die Situation in Deutschland unmittelbar nach der Befreiung durch die Truppen der Alliierten: eine wirkliche, inhaltliche Auseinandersetzung mit Faschismus und Krieg fand weder in Politik und Wirtschaft, noch in den Köpfen der Mehrheit der Menschen statt. Sie wollten die von Hunger, Trümmern und Elend geprägte Situation in den Städten nicht reflektieren, sondern sahen sich als unschuldige Opfer Hitlers und einiger weniger Naziführer. Auch die personellen Kontinuitäten in Verwaltung, Justiz, Politik und Wirtschaft der drei westlichen Besatzungszonen im Deutschland „des Jahres Null“ gehörten mit zum Bild, das die Bürgermeisterin entwarf und dem sie mit Zitaten der sozialdemokratischen Remigrant(inn)en Susanne Miller und Marianne Kühn Farbe gab. Deshalb betonte sie, dass die „Rückkehrer hohen Respekt verdienen, denn sie zogen sich nicht ins Private zurück“, sondern machten sich an den Wiederaufbau von Gewerkschaften, Parteien und Presse.

Was sie damit meinte, machten die Sprecher(in) Monika Mainka, Axel Gottschick und Josef Tratnik erfahrbar, die die von einer kleinen Gruppe von Aktiven erarbeitete Textcollage vortrugen. Am Beispiel einer Kölnerin (Maria Fensky) und drei Kölnern (Robert Görlinger, Willi Schirrmacher und Leo Schwering), die aus Illegalität und Haft in ihre völlig zerstörte Vaterstadt zurückgekehrt waren, wurden die Vorstellungen, Aktivitäten und Entäuschungen der ehemaligen politischen Häftlinge dargestellt und mit Bildern illustriert. Es war deprimierend zu erfahren, dass von den 15 aus den Reihen der Kölner Buchenwald-Häftlinge als für die Verwaltung geeignet vorgeschlagenen Männern nur einige wenige in die erste Stadtverwaltung unter Oberbürgermeister Adenauer übernommen wurden – und die auch nur auf zweit- und drittrangigen Positionen. Die Erklärung für diese Tatsache folgte wenig später, als Robert Görlingers (er wurde später Kölner Oberbürgermeister) Protest vorgetragen wurde, in dem er Adenauer vorwarf, die Stadtverwaltung in erster Linie mit seinen politischen Freunden zu besetzen.

Fast ein wenig unpassend erschien dann der Zwischenruf aus dem Publikum „Und was war mit Hoegen?“. Nachdem in einem kurzen Satz erläutert wurde, das besagter Hoegen einer der übelsten Folterer und Mörder der Kölner Gestapo war, wurde, ebenfalls aus den Zuschauerreihen dessen Nachkriegsschicksal geschildert. Rasch wurde klar, dass es sich bei den Fragen nach dem Umgang der Justiz mit Kölner Nazimördern um einen Teil des Programms gehörte, gleichsam eine Ergänzung zu dem Text, der von vorne vorgetragen wurde. Diese Neuerung in der Darstellung setzte einen Kontrapunkt und regte, auch durch ihre dialogische Form, zu weiterem eigenem Nachdenken an.

Foto: mp

Nachdem die Gedenkveranstaltung durch das Jansa Duo (Chrstine Rox und Klaus-Dieter Brandt), das Kammermusik zweier verfolgter (und in einem Fall ermordeter) jüdischer Komponisten spielte, abgeschlossen worden war, ging ein großer Teil der Teilnehmer(innen) in einem Mahngang zum Rathaus, wo die Namen und Lebensläufe der 11 Kölner Ratsherren vorgetragen wurden, die von den Nazis ermordet wurden. *tri* ■

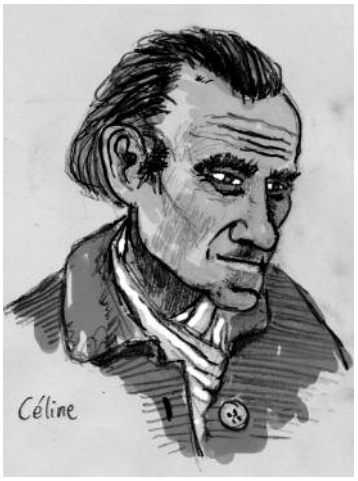
Keine Ehrung von Céline!

Am 19. Januar dieses Jahres schlug Serge Klarsfeld Alarm. Der Vorsitzende der Vereinigung „Söhne und Töchter der jüdischen Deportierten aus Frankreich“, von manchen auch – was mitunter abschätzig gemeint ist – als „Nazijäger“ bezeichnet, war zornig. Und dies nicht ohne Grund. Wie er soeben entdeckt hatte, war dem berühmten Schriftsteller und Antisemiten Louis-Ferdinand Céline ein unerwarteter Ruhm in Aussicht gestellt worden. Der am 1. Juli 1961 verstorbene Vorstadtarzt und nebenberufliche Schriftsteller ist allgemein als „Céline“ bekannt: Er hieß mit richtigem Namen Louis-Ferdinand Destouches, hatte aber als Autorenpseudonym den Vornamen seiner Großmutter angenommen.

In einer offiziellen Hochglanzbroschüre unter dem Titel „Nationale Gedenkfeiern 2011“ werden jene Persönlichkeiten aufgelistet, derer im laufenden Jahr gedacht werden soll. Unter ihnen auch, im fünfzigsten Jahr seines Todes, Céline. Die Broschüre ist das Werk eines bis dahin weitgehend unbekannten „Hohen Komitees für die nationalen Gedenkfeiern“, einer jener Ausschüsse mit hochtrabendem Namen, die man in französischen Institutionen liebt. Als Herausgeber firmierte jedoch das Kulturministerium, dem das obskure Gremium zuarbeitete.

Kulturminister Frédéric Mitterrand gab schnell nach. Am 21. Januar alarmierte zunächst eine Internetnutzerin die Onlinezeitung Rue89: Der Name Louis-Ferdinand Célines sei soeben von der Webseite des Nationalarchivs – wo die großen Persönlichkeiten des Jahres 2011 aufgelistet waren – verschwunden, nachdem der erste Zeitungsartikel über die einsetzende Polemik veröffentlicht worden war. Kurz darauf trat Frédéric Mitterrand vor die Presse und verkündete offiziell seine Entscheidung, Céline sei von der Liste des Gedenkens für das Jahr 2011 entfernt worden. In der Nacht zuvor, führte der Minister zur Begründung an, habe er noch einmal das Buch „Bagatelles pour un massacre“ des Schriftstellers aus dem Jahr 1937 gelesen. Es handelt sich um das erste manifest antisemitische Werk Célines, das auf quasi jeder Seite Hasstiraden enthält. Diese Lektüre habe ihm genügt. Das schriftstellerische Talent Célines, das „bis hinein in seine abscheulichsten Schriften unbestreitbar“ sei, stehe nicht in Abrede. Aber ein offizielles Gedenken erfolge im Namen „der Werte der Republik“. Tatsächlich werden solche Persönlichkeiten geehrt, „deren Lebenswerk, deren Reputation, deren moralisches Verhalten“ dafür sprechen, so lautet die offizielle Formulierung. Und dies sei im Falle Célines „im Augenblick und, ich glaube, für immer unmöglich“, fügte Mitterrand hinzu.

Zuvor hatte Serge Klarsfeld ihm mit politischen Konsequenzen gedroht für den Fall, dass der Name Célines in der Gedenkbroschüre beibehalten werde. Er verglich die geplante Ehrung mit der Kranzniederlegung, die der Cousin des amtierenden Kulturministers – der 1996 verstorbene frühere Staatspräsident François Mitterrands – zunächst alljährlich im November am Grab des Marschalls Philippe Pétain durchführte. Der „sozialistische“ Präsident, der selbst eine Vichy-Vergangenheit hatte, führte dazu stets an, er ehre ja nicht den Chef der Kollaborateursregierung in Vichy, sondern den französischen „Sieger des Ersten Weltkrieges“. Doch im Jahr 1993 sorgte öffentlicher Druck dafür, dass die Kranzniederlegung auf der Insel Ile d'Yeu unterblieb.



Doch der durch Frédéric Mitterrand angeordnete Orientierungswechsel war nicht nach dem Geschmack aller Beobachter. Während der Filmemacher und Schöpfer des Dokumentarfilms Shoah, Claude Lanzmann, ihn im Wochenmagazin ‚Le Point‘energisch verteidigte, vertraten andere Zeitgenossen vehement die Gegenauffassung. Und dies nicht nur notorische Antisemiten und Geschichtsrevisionisten.

So erklärte der Schriftsteller Philippe Sollers, ein Schicki-Micki-Autor mit eher vage liberalen Auffassungen, er sei „absolut bestürzt“. Denn, so seine Begründung, „wie schon Hemingway sagte: wenn die Lage schlecht ist, dann bekommt die Literatur als Erste ihr Fett ab. Wir haben hier eine niederschmetternde Vorführung davon. Das Kulturministerium ist zum Zensurministerium geworden.“ Aus anderen Gründen nahmen auch die jüdischen Intellektuellen Bernard-Henri Lévy (BHL) und Alain Finkielkraut gegen die Entscheidung Mitterrands Stellung. BHL vertrat dabei die Auffassung, man dürfe sich „bloß nicht dem Gedenken an Céline widersetzen“, denn dieses sei eine gute Gelegenheit, aufzuzeigen, „dass man gleichzeitig ein sehr großer Schriftsteller und ein absoluter Schweinehund sein kann“.

Alain Finkielkraut, der in den letzten Jahren vom Maoismus der siebziger Jahre zu einem konservativ-reaktionären Kulturelitismus überging, führte hingegen stärker politische Beweggründe ins Feld. Er argumentierte, es sei falsch, wenn jüdische Persönlichkeiten sich gegen das Abfeiern Célines in die Bresche würfen. Denn dies drohe „politische Konsequenzen“ zu haben, „indem es der Idee Nahrung gibt, dass die ‚jüdische Lobby‘ in Frankreich bestimmt“. Finkielkraut zog eine Parallele zu einer anderen Polemik, die sicherlich von der Auseinandersetzung um Céline sehr unterschiedlich zu bewerten ist.

Der 93-jährige frühere Widerstandskämpfer und KZ-Häftling Stéphane Hessel war in den letzten Wochen durch sein schmales Büchlein „Empört Euch!“ sehr berühmt geworden, das im November erschien und schnell in rund einer Million Auflage verkauft worden war. Darin legt Hessel, der auch an der Ausarbeitung der Allgemeinen Menschenrechtserklärung von 1948 beteiligt war, die moralischen Gründe dafür dar, warum die junge Generation sich engagieren solle: Hunger in der Welt, die extremen Ungleichheiten und die Behandlung von Einwandern in Frankreich dürften heute nicht gleichgültig lassen. Neben diesem moralischen Appell tritt Hessel aber auch als Kritiker der israelischen Regierungspolitik auf, die ihn „als Juden“ moralisch schockiere. Und er befürwortete in jüngster Zeit Wirtschaftsanktionen, um einen Rückzug Israels aus den besetzten palästinensischen Gebieten herbeizuführen. Dies trug ihm nicht nur polemische Angriffe ein, sondern auch einen Aufruf jüdischer Einrichtungen zur Absage von Konferenzen mit Stéphane Hessel. Ein Auftritt des 93-Jährigen an der Seite anderer Prominenter, unter ihnen Régis Debray, bei einer Diskussionsveranstaltung an der Ecole Normale Supérieure wurde daraufhin im Januar durch deren Direktion unterbunden. Das harsche Auftreten der eher rechtsgerichteten Teile der jüdischen Einrichtungen gegen Stéphane Hessel rief, aufgrund der Persönlichkeit und der weithin als integer geltenden Beweggründe des Mannes, in breiten Kreisen Unverständnis oder Unmut hervor. Finkielkraut fürchtet nun, ein Vorpreschen gegen das Gedenken an Céline werde dies nur noch verschlimmern.

Natürlich rief die Entscheidung Frédéric Mitterrands auch schnell diverse Antisemiten auf den Plan. So den gern Verschwörungstheorien anhängenden und immer wieder diffus antisemitische Inhalte verbreitenden Schriftsteller Marc-Edouard Nabé, dem das konservative Wochenmagazin ‚Le Point‘immerhin zwei Drittelseiten einräumte. Dort bezeichnet er Louis-Ferdinand Céline als „größten Schriftsteller aller Zeiten“ und beschwert sich darüber, der Kulturminister habe „auf Befehl eines einzigen Bürgers, Serge Klarsfeld“, hin gehandelt. Er vergleicht dieses angebliche Diktat mit der Unterstützung der französischen Regierung für die vor kurzem gestürzte Diktatur Tunesiens, schlägt dann aber eine Wendung ein, um von einem fak-

tischen Triumph Célines zu sprechen: Er habe schon immer die Ehrungen des Establishments verabscheut und wäre deswegen wohl auch zufrieden gewesen.

Célines Reputation als „literarisches Genie“ rührt zu großen Teilen von seiner Schrift „Reise ans Ende der Nacht“, die er im Jahr 1932 publiziert. Darin schildert Céline die Schlächterei des Ersten Weltkriegs in extrem grellen Farben, schildert apolakyptische Szenen voll von Fleischstücken, züngelnden Flammen, Schreien. Zu jener Zeit tritt Céline auch als Kritiker des französischen Kolonialismus in Erscheinung. Dabei spart Céline nicht mit Namenswitzen, anatomischen Details und despektierlichen Betrachtungen über ihr organisches Innenleben. Dieser bis dahin unbekannte und unerhörte Stil, aber auch das Spiel Célines mit der Interpunktion und das – ebenfalls neue – Einbringen von Umgangssprache oder Fäkalausdrücken in die Literatur machten einen Bruch mit bis dahin herrschenden literarischen Standards aus. Er begründete Célines Ruf als Schriftsteller. Aber die Wortspiele mit Namen, die Reduzierung von Menschen auf Fleisch und ein oft abgrundtiefer Zynismus wendeten sich bei Céline wenig später in sprachliche Gewalt, als er ab 1937 und auch unter der Kollaboration offen gegen Juden hetzte.

Célines antisemitische Tiraden waren oft so grell und heftig, dass der Mitarbeiter des deutschen Propagandadienstes für das besetzte Frankreich Bernard Payr mitunter gegen ihre Veröffentlichung eintrat: Es handele sich um „Obszönitäten“ und „hysterische Schreie“, die eher abstoßend wirkten denn propagandistische Wirkung erzielten. 1944 floh Céline zusammen mit den Nazis ins süddeutsche Sigmaringen, später nach Dänemark. Er kehrte erst nach der Amnestie des in der Nachkriegszeit gegen ihn ausgesprochenen Urteils, 1951, nach Frankreich zurück. Später stellte Céline sich stets nur als Opfer einer unwürdigen Behandlung in Nachkriegsfrankreich hin.

Doch aufgrund des anfänglichen Ruhms seines literarischen Schaffens bleibt Céline im französischen Establishment weithin als „schriftstellerisches Talent“ anerkannt, wobei der Autor antisemitischer Pamphlete vom Literaten unterschieden wird. Staatspräsident Nicolas Sarkozy hatte Céline in jüngerer Zeit gar als „seinen Lieblingsschriftsteller“ bezeichnet, was insofern nichts bedeuten muss, als der aktuelle französische Präsident ein notorisch geringes kulturelles Niveau hat. An Büchern scheint ihn generell eher der Öffentlichkeitserfolg zu interessieren denn das literarische Niveau: Als Nicolas Sarkozy am 19. November vergangenen Jahres den von ihm bewunderten Goncourt-Preisträger Michel Houllebecq zum Diner in den Elysée-Palast einlud, da erwähnte er von dessen preisgekröntem Buch (La carte et le territoire, Jungle World 01/11) vor allem die Auflage. Ähnlich hielt er es 2006 mit Jonathan Littels „Die Wohlgesinnten“, ein umstrittenes 900seitiges Buch über das Innenleben von SS-Tätern. Über ihn erklärte Sarkozy damals im „Off“: „250.000 Exemplare verkauft, ohne dass bis dahin ein einziger Presseartikel erschienen wäre. Da ist was passiert, oder nicht? Ich, ich habe über 400.000 Exemplare von ‚Témoignages‘“ – seines für den Wahlkampf von 2006/07 verfassten Taschenbuchs – „verkauft. Das ist was, oder nicht?“1

Lange Zeit war Céline sogar der einzige Autor „von Rang“, den Sarkozy zitierte. Allerdings dürfte ihn auch dabei vielleicht eher die Aufstiegsgeschichte des Mannes, sein Durchbruch zu Ruhm und Bekanntheit, interessiert haben denn der Inhalt seiner Bücher. Im Jahr 1996 jedenfalls erklärte der aufstrebende Jungpolitiker der damaligen konservativen Opposition, Sarkozy, gegenüber einem Prominentenmagazin: „Sehen Sie, nehmen wir Céline als Beispiel. Da haben wir einen Mann, der nur ein mittelmäßiger Vorstadtarzt war. Eines Tages schreibt er ‚Voyage au bout de la nuit‘. Das fasziniert mich! Diese Aktion, die darin besteht, mehr zu geben; dieser Elan, der Sie dazu bringt, sich selbst zu übertreffen, aus Leidenschaft zu schaffen und zu handeln. Daran hängt alles!“ Auch später noch führte Nicolas Sarkozy immer wieder Céline als positives Beispiel an. Im Jahr 2008 rechtfertigte er dies gegenüber Journalisten mit den Worten: „Man kann Céline schätzen, ohne Antisemit zu sein, wie man (Marcel) Proust schätzen kann, ohne homosexuell zu sein!“

Die organisierten Rechtsextremen mochten nicht nachstehen, als in den letzten Tagen Kritik an der Entscheidung Frédéric Mitterrands gegen das Céline-Gedenken geübt wurde. Bei ihnen roch man sofort die Gelegenheit, Stimmung zu verbreiten, um gegen ein „Diktat“ der angeblich herrschenden „Gedankenpolizei der Politischen Korrektheit“ zu wettern.

Auf der Webseite von Bruno Gollnisch, dem unterlegenen Anwärter auf den Parteivorsitz des FN, wurde die Affäre am 24. Januar aufgegriffen. Gollnisch steht für eine andere Linie im Umgang mit dem historischen Faschismus und Antisemitismus als Wahlgewinnerin Marine Le Pen, die es für taktisch unsinnig hält, erkennbar positiv an diese Vergangenheit anzuknüpfen: In der aktuellen Ausgabe des Wochenmagazins ‚Le Point‘ (vom 3.2.) erklärt die neue Vorsitzende des FN etwa: „Alle Welt weiß, was in den Lagern der Nazis passiert ist und unter welchen Bedingungen. Was dort geschehen ist, ist der Gipfel der Barbarei... Ich fühle keinerlei Verbindung zu dem, was die deutsche Armee damals war. Diese Armee hat unsere Väter und Brüder ermordet, ich vergesse es nicht. Und alle, die zu diesem Thema Zweideutigkeit an den Tag legen, verärgern mich im höchsten Maße.“

Dazu müsste dann konsequenterweise ihr eigener Vater gehören – der im Januar 2005 in der altfaschistischen Wochenzeitung ‚Rivarol‘die Nazibesatzung in Frankreich als „nicht besonders inhuman“ bezeichnet hatte –, aber auch Bruno Gollnisch. Auf dessen Webseite wird die aktuelle Polemik um Louis-Ferdinand Céline unter der Überschrift aufgegriffen: „Serge hat es verlangt: Céline ist eines Platzes in der ‚Sammlung‘ beraubt.“ Die Despektierlichkeit im Tonfall gegenüber Serge Klarsfeld ist selbstverständlich beabsichtigt.

In dem Blogartikel wird Klarsfeld ferner einer „Säuberung“ (épuration) geziehen; ein Begriff, der in Frankreich in dieser Form vor allem im Jahr 1944 bei der Entfernung von Vichy-Beamten und aktiven Nazikollaborateuren aus vielen Ämtern und Positionen benutzt wurde. Der Autor echauffiert sich darüber, dass Céline als „mit den Werten der Republik inkompatibel“ eingestuft worden sei, „nicht jedoch Frantz Fanon“ – der antikoloniale Schriftsteller war im selben Jahr wie Louis-Ferdinand Céline verstorben, 1961, und deswegen wird seiner auch in diesem Jahr gedacht. Am Ende des Artikels wird die drohende Perspektive ausgemalt, es zeichne sich „eine lange Liste von Schriftstellern“ ab, „deren Bücher zensiert werden könnten, wenn es nicht bereits der Fall ist, und die heute im Namen der ‚antirassistischen‘ politischen Korrektheit verurteilt werden. Ihre Werke könnten auf die Dauer unter dem Druck kommunitärer Pressure Groups aus den Bibliotheken verschwenden.“ Ohne es näher argumentativ zu untermauern, werden dabei William Shakespeare, Guy de Maupassant, Jules Verne und Emile Zola neben anderen aufgezählt.

In dasselbe Horn bläst Robert Spieler, der ursprüngliche aus dem GRECE – der intellektuellen „Neuen Rechten“ der 1970er Jahre – kommende Sprecher der rechtsextremen Kleinpartei Nouvelle Droite Populaire. Diese versucht die „Dissidenten“, denen der Front National zu schlapp geworden ist, anzuziehen. In einem Kommuniqué unter der Überschrift „Céline: Die unerträgliche Gedankenpolizei hat wieder zugeschlagen“ erklärt Spieler den antisemitischen Buchautor rundheraus zum „größten Schriftsteller des 20. Jahrhunderts“. Und im Folgenden gräbt er ein Zitat des 1914 durch einen Nationalisten ermordeten, historischen Sozialistenführers Jean Jaurès aus. Dieser kritisierte in einem Artikel vom 1. Mai 1895 die „dominante“ Präsenz jüdischer Geschäftsleute in französischen Städten – der französische Frühsozialismus griff manches antijüdische Ressentiment auf, doch Jaurès vollzog drei Jahre später aus Anlass der Dreyfus-Affäre eine scharfe Kehrtwende und wandte sich klar gegen den Antisemitismus. Robert Spieler fragt suggestiv nach: „Also, soll Jaurès bald auch auf die Müllkippe, wie Céline?“

Bernhard Schmid, Paris ■

1 Vgl. http://passouline.blog.lemonde.fr/2006/12/11/sarkozy-entre-celine-et-cohen/

Neue Hürde für sans-papiers

Frankreich. Seit dem 1. Januar 2011 müssen die sans-papiers in Frankreich 30 Euro für die AME (L'aide médicale d'Etat), die staatliche Gesundheitshilfe, zahlen. In den letzten Jahren wurde die Gesundheitsversorgung für sans-papiers zunehmend verschlechtert. Leistungen wurden gekürzt und die Voraussetzungen, um in den Genuss der AME zu kommen, sind immer schwerer zu erfüllen. Auch diesmal hagelt es Kritik von allen NGO-Seiten. Das Argument einer Kostenersparnis wird in Frage gestellt, da auf die staatliche Gesundheitsversorgung höhere Kosten zukommen werden, wenn die sans-papiers, die die 30 Euro nicht aufbringen können, später zum Arzt gehen, ihre Krankheit dann schon fortgeschritten ist und z. B. einen Krankenhausaufenthalt nötig macht, so ein Artikel in Libération vom 4. Januar 2011.

Quelle: Newsletter proasyl Januar2011 ■

Rückkehr ins Kirchenasyl

Rotenburg. Mehr als ein halbes Jahr hatten zwei Roma-Frauen in Rotenburg (Wümme) im Kirchenasyl gelebt, um sich vor einer drohenden Abschiebung in Sicherheit zu bringen. Dann wurde der Fall der Härtfallkommission des Bundestages zur Prüfung vorgelegt. Die hat jetzt abgelehnt, sich mit dem Antrag zu beschäftigen. Deshalb müssten die Frauen eigentlich sofort ausreisen.

Am Freitagmorgen (21. Januar) sind die 50 und die 70 Jahre alten Frauen in ihr Kirchenasyl im Landkreis Rotenburg zurückgekehrt. Ihre Duldung durch den Landkreis war am Donnerstag (20. Januar) abgelaufen. Der Rotenburger Landrat Hermann Luttmann erklärte, er hoffe noch immer darauf, dass sich die Frauen zu einer freiwilligen Ausreise entscheiden würden. Über die Zukunft der beiden Frauen soll es nun Anfang Februar ein letztes Gespräch mit dem Landessuperintendenten, dem Innenministerium in Hannover und dem Landkreis Rotenburg geben. Die beiden Frauen hatten bereits mehr als ein halbes Jahr im Kirchenasyl verbracht.

Quelle: Roma Virtual Network ■

Abschottungspolitik der EU ist menschenunwürdig

Zum Abschluss der Verhandlungen zwischen dem Rat der Europäischen Union und der Türkei über ein Rückübernahmeabkommen erklärt die grüne Europaabgeordnete Ska Keller, Mitglied des Innenausschusses:

„Die EU-Kommission lernt nicht aus den Fehlern der Vergangenheit. Menschen in Not werden sich nicht von weiteren Rückübernahmeabkommen abhalten lassen, sie werden sich neue Wege nach Europa suchen.

Ich werde mich dafür einsetzen, dass das Europäische Parlament dem nicht zustimmen wird. Die Türkei verfügt über kein Asylsystem, und Menschenrechte von Flüchtlingen und AsylbewerberInnen werden nicht gewahrt. Rückübernahmeabkommen betreffen auch Menschen, die keine StaatsbürgerInnen des Staates sind, mit dem es geschlossen wurde. Dadurch verfügen diese Menschen über keinerlei Schutzanspruch."

Barbara Lochbihler, menschenrechtspolitische Sprecherin der Grünen im Europäischen Parlament: „Anstatt neue Mauern um die Festung Europa zu errichten, sollten endlich legale Migrationsmöglichkeiten gefunden werden, damit Flüchtlinge nicht mehr Leib und Leben auf dem Weg in die Sicherheit riskieren müssen oder auf kriminelle Schlepper angewiesen sind. Die Abschottungspolitik der EU-Kommission ist menschenunwürdig."

Pressemitteilung franziska.keller@europarl.europa.eu 27.11.2011 ■

Solidarität mit den Hungerstreikenden Flüchtlingen in Athen

„Seit Jahren kritisiert DIE LINKE die unmenschlichen Zustände für Flüchtlinge in Griechenland. Wider besseres Wissen hat die Bundesregierung aber bis zuletzt Menschen abgeschoben und sie diesen katastrophalen Bedingungen ausgesetzt. Doch nicht nur das, die Bundesregierung ist auch mitverantwortlich für die skandalöse Situation in Griechenland", erklärt Sevim Dagdelen, Sprecherin für Internationale Beziehungen der Fraktion DIE LINKE. anlässlich des am 25.1. begonnenen Hungerstreiks von mehr als 200 Flüchtlingen in Athen. Dagdelen weiter:

„Es ist die von Deutschland maßgeblich betriebene EU-Abschottungspolitik, die mit zu dieser Situation in Griechenland und auch anderen Ländern an den EU-Außengrenzen führt.

Die Flüchtlinge, denen es gelingt, trotz der Abschottungsstrukturen in die Festung Europa zu gelangen, sollen durch den rassistischen und inhumanen Alltag abgeschreckt werden. Auch in Deutschland.

Flüchtlinge werden in Flüchtlingsheime oftmals unter menschenunwürdigen Bedingungen, zumeist abgeschirmt von der Öffentlichkeit, eingewiesen. Auf kleinstem Raum müssen sie ohne Privatsphäre leben. Sie unterliegen der so genannten Residenzpflicht sowie Arbeits- und Ausbildungsverboten.

Es ist bezeichnend, dass die Bundesregierung erst durch das Urteil des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofs in Straßburg vom 21. Januar 2011 endlich von Abschiebungen nach Griechenland Abstand nimmt.

Das Gericht hatte deutlich die Lebensbedingungen für Flüchtlinge in Griechenland als Verletzung der Europäischen Menschenrechtskonvention kritisiert. Allerdings nur vorübergehend."

Quelle: Pressemitteilung Die Linke Sevim Dagdelen - Berlin, 26.1.2011 ■

Rückkehr und humanitärer Aufenthalt für Ehemann und Sohn der nach der Abschiebung verstorbenen Borka T.

Bonn/Mayen, 20.1.2011. Fast 14 Tage nach dem Tod der abgeschobenen Kosovarin Frau Borka T. hat sich der Innenminister des Landes Rheinland Pfalz, Bruch, gegenüber der für die Abschiebung zuständigen Kreisverwaltung Mayen-Koblenz dafür ausgesprochen, dem zusammen mit ihr am 7.12.2010 abgeschobenen Ehemann und dem 14-jährigen Sohn eine unverzügliche Rückkehr nach Deutschland zu ermöglichen und ihnen einen humanitären Aufenthalt zu erteilen.

Hintergrund waren umfangreiche Untersuchungen, die das Innenministerium unmittelbar nach dem Tod der 47-jährigen Frau angeordnet hatte.

„Wir sind sehr zufrieden, dass die Landesregierung hier auf unsere Proteste so rasch reagiert, umfassend ermittelt und auch schnell entschieden hat" äußert sich der Anwalt der Familie, Rechtsanwalt Jens Dieckmann aus Bonn.

„Wir hatten am 10.1.2011 sowohl gegenüber der Kreisverwaltung als auch gegenüber der Landesregierung offiziell beantragt, dass die Einreisesperre für die Mandanten sofort aufgehoben und Ihnen dann in Deutschland ein humanitärer Aufenthalt erteilt wird. Wir sind überglücklich, dass jetzt so rasch eine humanitäre Lösung gefunden werden konnte. Die letzten Wochen waren insbesondere für den 14-jährigen Avdil T. ein einziger Alptraum. Es ist die einzig richtige Entscheidung, dass der Familie jetzt ermöglicht wird, ihr Leben in Deutschland weiter zu führen. Ich gehe davon aus, dass die Kreisverwaltung diesen klaren Vorgaben der Landesregierung unverzüglich nachkommen wird", so Rechtsanwalt Dieckmann. „Und wir alle sind dankbar für die vielfältige Unterstützung der Öffentlichkeit während der letzten Wochen."

Quelle: AK ASYL Rheinland-Pfalz 21.1.11 ■

Abschiebungen nach Griechenland verletzten Europäische Menschenrechte

PRO ASYL begrüßt das Grundsatzurteil des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte in Straßburg. Die Feststellung im Falle eines afghanischen Asylsuchenden aus Belgien, dass die Überstellung nach Griechenland eine Verletzung der Europäischen Menschenrechtskonvention darstelle, wird Auswirkungen auf die Asylprüfung in tausenden von Fällen Asylsuchender in Europa haben, die von einer Abschiebung nach Griechenland bedroht sind. Straßburg stellt eine Verletzung des Artikel 3 der Konvention durch Griechenland und Belgien fest: Die Haft- und Lebensbedingungen, denen der Schutzsuchende in Griechenland ausgesetzt wurde, stellen eine unmenschliche oder erniedrigende Behandlung dar.

Die Verurteilung des überstellenden Staates, Belgien, und des Aufnahmestaates, Griechenland, ist aus der Sicht von PRO ASYL eine „Sternstunde für den Menschenrechtschutz in Europa".

Mit diesem Urteil stellt Straßburg klar, dass ein blindes Abschieben ohne einen wirksamen Rechtsbehelf gegen die Überstellung nicht im Einklang mit der Europäischen Menschenrechtskonvention steht. „Nach dem Straßburger Urteil müssen EU-weit Überstellungen von Asylsuchenden nach Griechenland gestoppt werden", so Karl Kopp, Europareferent von PRO ASYL. „Der offenkundige Kollaps des griechischen Asylsystems ist auch Ausdruck einer Systemkrise des europäischen Asylzuständigkeitssystems Dublin II". Die nicht funktionierende Dublin-Verordnung muss nun grundlegend überarbeitet werden. Die EU ist in der Pflicht, zügig eine solidarische und menschenrechtskonforme Asylzuständigkeitsregelung zu schaffen.

Quelle: Presseerklärung ProAsyl v. 21. Januar 2011 ■

Aktionstag gegen Lager, Residenzpflicht, Sachleistungsprinzip

Auf der antirassistischen Konferenz am 12. Dezember 2010 in Frankfurt am Main wurde beschlossen, am 22. März 2011 einen Aktionstag in allen Bundesländern gegen das Asylbewerberleistungsgesetz, die Lagerunterbringung und die Residenzpflicht zu organisieren. Fluchtpunkt der Aktionen soll ein zentraler Aktionstag »Anti-Isolation-Camp« im Juni in Berlin sein.

Seit Langem ist bekannt, wie seit den frühen 1980er Jahre ein Abschreckungssystem gegen Flüchtlinge errichtet wurde. Dessen Ziel war es, die Lebensbedingungen von Flüchtlingen, die nach Deutschland kommen, so unattraktiv wie möglich zu gestalten. Damit sollte, wie es

in der bayerischen Asyldurchführungsverordnung heißt, die »Bereitschaft zur Rückkehr in das Heimatland« gefördert werden. Und diese Erfahrung sollte über die gebrochenen Rückkehrer an potenzielle Flüchtlinge in den Herkunftsländern kommuniziert werden, frei nach Lothar Späths Motto, »Geht nicht nach Baden-Württemberg, dort müsst ihr ins Lager«.

Die Bürokraten ließen sich einiges einfallen, wie sie das Leben von Flüchtlingen möglichst unerträglich gestalten können. Offiziell war die Rede von »flankierenden Maßnahmen«. Darunter fällt das Arbeitsverbot, die Lagerpflicht, das Sachleistungsprinzip, die Residenzpflicht. Diese Maßnahmen bilden einen Zusammenhang, der auf die Isolierung von Flüchtlingen abzielt. Isolation macht schwach, und schwache Menschen leisten keinen Widerstand, so das Kalkül der Bürokraten.

Doch das Kalkül geht nicht auf. Die Abschreckung läuft ins Leere. Immer mehr Flüchtlinge lassen sich nicht klein kriegen, sie nehmen sich, was ihnen zusteht, sie nehmen die Verteidigung ihrer Menschenwürde in die eigenen Hände. Dort, wo die Lebensbedingungen am unerträglichsten sind, in Bayern, verweigern sie kollektiv die Essenspakete und treten in den Hungerstreik. Der Widerstand wächst, auch in Baden-Württemberg und Thüringen. Die Grenze des Erträglichen ist schon lange überschritten.

Gleichzeitig debattieren Merkel & Co. über »Lockerungen« und »Integration«, meinen damit jedoch nur kosmetische Änderungen. Das Asylbewerberleistungsgesetz, seit 1993 Instrument der Diskriminierung, soll reformiert werden, so fordert es das Bundesverfassungsgericht. Die Residenzpflicht soll reformiert werden, so will es die FDP im Sinne der Mobilität von Arbeitskräften. Jedoch, institutioneller Rassismus lässt sich nicht reformieren, sondern nur abschaffen.

Die Flüchtlinge und Aktivist_innen aus antirassistischen Gruppen, die sich vom 10. bis 12. Dezember 2010 in der Frankfurter Uni trafen, beschlossen, einen Kontrapunkt gegen das Gerede über kosmetische Reformen zu setzen. Sie wollen ihre Stimme erheben, die in den Diskursen des Mainstreams nur als Betroffenheitsmaterial vorkommen, wenn überhaupt. Geplant sind zwei Fixpunkte für Aktionen: einen Aktionstag in allen Bundesländern am 22. März – and the Day of the »Anti-Isolation-Camp« im Juni in Berlin.

http://www.residenzpflicht.info ■

Landkreis will Isolationslager erhalten – Flüchtlinge kündigen Demonstration an

Zella-Mehlis. Dass in Deutschland der Rassismus daherkommt wie die verwaltete Mitmenschlichkeit, zeigt das Beispiel des Zella-Mehliser Isolationslagers eindrücklich. Nachdem die Flüchtlinge keinen anderen Ausweg mehr sahen als öffentlich gegen die Zustände dort zu protestieren, gibt sich der Landkreis nichtswissend und anstatt das rassistische Lagersystem zu überdenken, kommt einfach neue Farbe über den Schimmel. Dass sich hier Widerstand organisiert, ist so begrüßens- wie unterstützenswert.

Vor einigen Wochen platzte es heraus. Eingeschüchtert in einem System von Repression und Psychoterror, den Verantwortlichen eines Landes ausgesetzt, in dem Rassismus eine längere Tradition hat als die Bürokratie, haben Menschen die einzige Möglichkeit genutzt, die sie hatten, um für die Verbesserung ihrer Situation zu kämpfen. Die Flüchtlinge von Zella-Mehlis gingen, unterstützt durch die Flüchtlingsorganisation The Voice Refugee Forum, an die Öffentlichkeit . Dabei waren sie gleich mehrfach Gefahren ausgesetzt. Zum einen ist da das Risiko, die Rache eines Staates zu spüren zu bekommen, in dem man unter Gastfreundschaft versteht, Asthma und Tuberkulose mit Hilfe von schimmligen Wohnungen und Baracken zu verbreiten, die man Menschen zur Verfügung stellt, die in ihrer Not keinen anderen Ausweg sahen, als in das Land zu flüchten, das für das Elend auf dem Trikont wesentlich Verantwortung trägt. Wer bei solcher Gastfreundschaft anfängt zu meckern, der kann sich in Deutschland fast schon glücklich schätzen, wenn er nur verächtlich belächelt wird. Hier hat man schon weit Schlimmeres fertig gebracht. Die zweite Gefahr ist die des Desinteresses der deutschen Öffentlichkeit am Elend von Menschen, die in der Blut- und Bodengemeinschaft der Teutonen nur Fremdkörper sind. Doch glücklicherweise ist der tödlichen Ideologie des Ausschlusses noch ein Moralsystem vorgeschaltet, dessen Herkunft hier zwar keiner versteht, aber die Befolgung von Normen und Gesetzen war im Land der Hörigen und Gehörlosen noch nie an das Verständnis ihres Zustandekommens geknüpft.

Und so kam es, dass die bürgerlichen Medien in Thüringen berichteten über die Zustände im Isolationslager, natürlich ohne über Isolation ein Wort zu verlieren. Problematisch erscheint den meisten Journalisten im Land nur der Schimmel und die maroden Wohnungen, nicht die grundsätzliche Isolation der Flüchtlinge am Stadtrand in einem Sammellager und ihre Drangsalierung durch rassistische Sondergesetze, wie die Residenzpflicht.

Auch der MDR schickte ein Kamerateam ins Lager, das neben der Dokumentation der Zustände dazu beitrug, dass sich die Verantwortlichen des Landkreises von aller Schuld reinwuschen. Die Lösung des Landkreises sieht nun vor, den privaten Betreiber des Sammellagers dazu zu verpflichten, die Schimmelbude nochmal zu renovieren. Dass man hierfür nicht dankbar sein muss, haben die Betroffenen hoffentlich verstanden.

Für den 24. März hat The Voice Refugee Forum eine Demonstration in Meiningen, dem Sitz des Landratsamtes angekündigt, um gegen die Isolationslager und den deutschen Rassismus auf die Straße zu gehen. Ihnen gehört dabei unsere Solidarität und praktische Unterstützung!

23.01.2010 - The Voice
Quelle: http://www.thevoiceforum.org/node/1958 ■

Obligatorische Asylwiderrufsverfahren müssen endlich abgeschafft werden

„Die obligatorischen Asylwiderrufsverfahren müssen endlich wieder abgeschafft werden", so Ulla Jelpke zur Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage zur Asylstatistik für das Jahr 2010. Die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE weiter:

„Nach den nun vorgelegten Zahlen endeten im Jahr 2010 von 15.420 Verfahren, mit denen ein Widerruf des Asylstatus oder des Flüchtlingsschutzes geprüft wurde, 2.538 mit einem solchen Widerruf. Damit blieben in 83,6 Prozent der Fälle Asyl- und Flüchtlingsstatus erhalten, 2009 lag diese Quote noch bei 68,7 Prozent. Die erfolgten Widerrufe werden von den Gerichten allerdings nur in einem Viertel der Fälle bestätigt. Bleibt es bei einem Widerruf, verlieren die Betroffenen aufenthaltsrechtliche Privilegien oder werden sogar ausreisepflichtig – für die meisten bedeutet das den unsicheren Status der ‚Duldung'.

Doch auch wer das erste, obligatorische Widerrufsverfahren drei Jahre nach der Asylanerkennung übersteht, ist keineswegs sicher. Die Durchführung eines solchen Verfahrens liegt im Ermessen der Behörden und kann sich jederzeit wiederholen.

Die Widerrufsverfahren bedeuten eine ständige psychische Verunsicherung der Betroffenen, die sich in Deutschland ein neues Leben ohne Angst vor Verfolgung aufbauen wollen.

Seit 2005 gab es über 100.000 Widerrufsverfahren und fast 40.000 Widerrufe eines Schutzstatus – zum Vergleich: Im selben Zeitraum wurden gut 40.000 Flüchtlinge anerkannt. Kein anderes Land in der EU kennt solche obligatorischen Widerrufsverfahren. DIE LINKE hält daher an ihrer Forderung fest, die in

Bundesverfassungsgericht verweigert sich Grundsatzentscheidung

Es wird weiterhin in Deutschland keinen effektiven Rechtsschutz gegen Abschiebungen im Rahmen der Dublin II-Verordnung geben.

Aus einer Pressemitteilung des Bundesverfassungsgerichts geht hervor, dass Karlsruhe diese Frage als „gegenwärtig nicht aktuell" einschätzt. Dies konterkariert die bisherige Haltung Karlsruhes. Das Gericht hatte durch die Gewährung mehrerer Abschiebestopps seit September 2009 sowie durch die Verhandlung am 28. Oktober 2010 die grundlegende Bedeutung des Falles eines von Abschiebung nach Griechenland bedrohten Irakers betont.

Weiter hatte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Straßburg am 21. Januar 2011 in einem weit beachteten Urteil unter anderem Belgien wegen Verstoßes gegen Artikel 13 der Europäischen Menschenrechtskonvention verurteilt, weil dort kein effektiver Rechtsschutz gegen eine Dublin II-Abschiebung gegeben war. „Die Gewährung eines Rechtsschutzes gegen Dublin II-Abschiebungen ist daher keine lediglich abstrakte Frage, sondern die Forderung des Tages", so Bernd Kasparek, Sprecher des Netzwerkes Welcome To Europe. „Grundsätzlich muss jedoch das Dublin II-System abgeschafft werden", so Kasparek weiter.

Die Weisung des BMI und die Reaktion Karlsruhes

Das Bundesinnenministerium (BMI) hatte Mitte Januar einen allgemeinen Dublin II-Abschiebestopp für Griechenland verkündet und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) angewiesen, alle Asylverfahren in Deutschland durchzuführen. Damit war der Klage in Karlsruhe der konkrete Beschwerdegrund entzogen. Die Maßnahme des BMI ist jedoch auf ein Jahr befristet. Spätestens im Januar 2012 wird sich erneut die Frage stellen, ob Dublin II-Abschiebungen nach Griechenland grundrechtekonform sind.

Die Situation in anderen EU-Ländern

Derzeit sind weitere Klagen gegen Dublin II-Abschiebungen, diesmal nach Italien, anhängig. Es ist zu erwarten, dass auch diese früher oder später in Karlsruhe behandelt werden müssen. Die Lebensbedingungen von Flüchtlingen und Asylbewerbern in Italien sind vergleichbar mit den Zuständen, die das EGMR als menschenrechtswidrig gebrandmarkt hat. Bei Recherchereisen hat das Netzwerk Welcome To Europe zudem festgestellt, dass auch in Ungarn menschenrechtswidrige Bedingungen für Flüchtlinge herrschen. „Griechenland ist kein Betriebsunfall des Dublin II-Systems, sondern dessen logische Konsequenz", so Bernd Kasparek, Sprecher des Netzwerks Welcome To Europe. „Der Abschiebestopp nach Griechenland wird lediglich zu ähnlich katastrophalen Bedingungen für Flüchtlinge in anderen EU-Staaten führen".

Hungerstreik von MigrantInnen in Griechenland

Unterdessen bleibt die Situation von Flüchtlingen in Griechenland weiter desaströs. Die griechische Regierung hat erste Anstrengungen unternommen, um den Aufbau eines Asylsystems voranzutreiben. Eine Verbesserung der Lage der mehreren Hunderttausend Schutzsuchenden in Griechenland ist damit jedoch nicht verbunden. Ihnen wurde vor allem die Abschiebung angedroht. Am 25. Januar 2011 sind daher 300 MigrantInnen in Athen und Thessaloniki in den unbefristeten Hungerstreik getreten. Sie fordern eine allgemeine Legalisierung.

Die Entscheidung der EMGR

Am Freitag, den 21. Januar 2011, hatte der EGMR in Straßburg sowohl Belgien als auch Griechenland wegen Verstößen gegen die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) verurteilt. In dem Fall MSS gg. Belgien/Griechenland klagte ein afghanischer Asylsuchender gegen seine Abschiebung von Belgien nach Griechenland, die im Juni 2009 vollzogen wurde. Neben einer Verurteilung wegen Verstoß gegen Artikel 3 EMRK (Verbot unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung) wurde insbesondere Belgien wegen eines Verstoßes gegen Artikel 13 (Recht auf wirksame Beschwerde) verurteilt. In Belgien war kein Rechtsschutz gegen eine Dublin II-Abschiebung verfügbar. Damit hat der EGMR betont, dass die Verantwortung für einen effektiven Schutz Asylsuchender nicht nur in Griechenland liegt.

Damit ist höchstrichterlich bestätigt, dass das europäische Asylsystem im konkreten Fall menschenrechtswidrig ist und nicht das Ziel eines bestmöglichen Schutzes Asylsuchender verfolgt. Diese Feststellung ist den Flüchtlingen zu verdanken, die sich dem Dublin II-System widersetzten, die Weiterreise in andere EU-Länder antraten und dort ihr Recht auf Schutz einklagten. Dies führte zu über 700 anhängigen Klagen gegen Dublin II-Abschiebungen nach Griechenland beim EGMR. Beratungen zur Reform von Dublin II auf EU-Ebene stagnieren schon seit mehreren Jahren.

Presseinformation Netzwerk Welcome To Europe vom 27. Januar 2011 ■

Europa einzigartigen, flächendeckenden Asylwiderrufsverfahren endlich abzuschaffen."

Die vorläufige Fassung der Antwort der Bundesregierung und eine kurze „Alternative Asylbilanz 2010" finden Sie auf meiner homepage zum download: http://www.ulla-jelpke.de/news_detail.php?newsid=1833

Berlin, den 3. Februar 2011
Ulla Jelpke, MdB, Innenpolitische Sprecherin, Fraktion DIE LINKE ■

Zahl der Geduldeten unverändert hoch

BERLIN. „Die Zahl der Geduldeten in Deutschland bleibt unverändert hoch", fasst Ulla Jelpke die Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage zur Bilanz der bisherigen Bleiberechtsregelungen (BT-Drs. 17/4310) zusammen. Die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE erklärt:

„Ende vergangenen Jahres hatten 87.191 Menschen in Deutschland lediglich den unsicheren Status der ‚Duldung'. Über 53.000 von ihnen befinden sich bereits sechs Jahre oder länger in Deutschland. Die Quote langjährig Geduldeter bleibt mit über 60 Prozent somit unverändert hoch. Die Bleiberechtsregelungen der vergangenen Jahre konnten daran nichts ändern.

Besonders betroffen sind Kinder und Jugendliche. Bei den 6- bis 16-Jährigen liegt der Anteil derjenigen, die sich schon länger als sechs Jahre in Deutschland aufhalten, bei über 75 Prozent (10.288 von 13.632). Diese Jugendlichen sind überwiegend in Deutschland geboren und aufgewachsen. Dennoch halten Bundesregierung und die Koalitionsfraktionen daran fest, dass diese Kinder und Jugendlichen mit ihren Eltern ausreisen oder abgeschoben werden sollen.

An diesen Kindern und Jugendlichen geht auch die derzeit im Bundestag diskutierte Bleiberechtsregelung für gut integrierte Jugendliche vorbei. Das Mindestalter bei Inanspruchnahme der Regelung soll 16 Jahre sein. Damit wird eine große Gruppe von faktisch in Deutschland verwurzelten Kindern von der Regelung ausgeschlossen. DIE LINKE hält daher an ihrer Forderung nach einer großzügigen Bleiberechtsregelung fest (Antrag auf BT-Drs. 17/19).

Die vorläufige Fassung der Antwort der Bundesregierung kann auf meiner homepage heruntergeladen werden:

http://www.ulla-jelpke.de/news_detail.php?newsid=1836 ■

:neuerscheinungen, ankündigungen

Film-Matinee „Fritz Bauer – Tod auf Raten"

Das Bündnis Dortmund gegen Rechts und die VVN-BdA Dortmund zeigten aus Anlass des Jahrestages der Befreiung von Auschwitz (27.1.45) und des Jahrestages der Machtübertragung an Hitler (30.1.33) erstmals in NRW den Film „Fritz Bauer – Tod auf Raten", der auf der Berlinale im vergangenen Jahr vorgestellt worden ist. Die Matinee am Sonntag, dem 30. Januar 2011, fand in der Gedenkstätte Steinwache am Dortmunder Hauptbahnhof statt. Der Film kann bei den Dortmunder Veranstaltern zu weiteren Veranstaltungen ausgeliehen werden.

Die Berliner Filmemacherin Ilona Ziok hat sich mit ihrem Film der Biographie des vielleicht profiliertesten deutschen Staatsanwaltes dokumentarisch angenähert. Fritz Bauer, zurückgekehrter jüdischer Emigrant, war einer der wenigen prominenten Juristen Nachkriegsdeutschlands, die sich von Anfang an vehement für die Verfolgung von NS-Verbrechen eingesetzt haben. Als hessischer Generalstaatsanwalt (1956-1968) war er der maßgebliche Initiator der Frankfurter Auschwitzprozesse im Jahre 1963. Er spielte

auch eine wichtige Rolle bei der Ergreifung Adolf Eichmanns: Fritz Bauer war es, der Eichmanns Aufenthaltsort an den israelischen Geheimdienst Mossad verriet, damit Eichmann in Jerusalem vor Gericht gestellt werden konnte.

Schon zuvor hatte Bauer als niedersächsischer Generalstaatsanwalt (1952-1953) in einem Aufsehen erregenden Prozess erfolgreich für die Rehabilitierung der hingerichteten Verschwörer vom 20. Juli 1944 gestritten.

Im restaurativen Klima der Adenauer-Ära wurde Fritz Bauer zu einer „Provokation für den Zeitgeist". Aufsätze und Reden mit Titeln wie „Mörder unter uns" und „Am Ende waren die Gaskammern" erregten nicht nur rechtsradikale Kritik, sondern auch Anstoß beim bürgerlichen Publikum. Antisemitische und politische Anfeindungen begleiteten das Leben des jüdischen Schwaben. Bis zu seinem Tod 1968 in Frankfurt blieb ihm das für höchste Beamte sonst übliche Bundesverdienstkreuz verwehrt.

In „Fritz Bauer – Tod auf Raten" erzählt Ilona Ziok von Bauers Kampf für das Widerstandsrecht der Bürger gegen Willkürakte des Staates. Sie arrangiert ein Mosaik aus Archivmaterial und den Aussagen Bauers sowie seiner Freunde und Verwandten zu einem eindrucksvollen biographischen Filmwerk.

Kontakt zum Verleih:
Falken-Sauerland@web.de ■

„Hallo ihr Trottel"

Ein Film über den Naziaufmarsch in Wuppertal und die Proteste dagegen. Filmpremiere am 08.02.2011 um 19:30 h im CinemaxX Wuppertal (Bundesallee 250), Eintritt frei.

Der Film „Hallo ihr Trottel" wurde vom Medienprojekt Wuppertal mit 20 jungen FilmemacherInnen in 6 Teams produziert und wird ab der Premiere deutschlandweit zur Aufklärung auf DVD vertrieben. Die DVD kostet am Premierenabend 5 Euro, im anschließenden Vertrieb 10 Euro. Ausschnitte des Filmes sind schon jetzt auf youtube zu sehen:
http://www.youtube.com/user/halloihrtrottel
Für den 29. Januar meldete der Kölner Neonazi Axel Reitz in Wuppertal eine Demonstration „gegen Antifaschismus" an. Das „Wuppertaler Bündnis gegen Nazis", ein breites Spektrum von allen Ratsparteien, Kirchen, Gewerkschaften, vielen Vereinen und BürgerInnen, Autonomes Zentrum und Antifa, mobilisierte für diesen Tag dazu, den Naziaufmarsch zu verhindern. (siehe Bericht Seite 4) Der Film zeigt:

- Redeausschnitte des Oberbürgermeisters Peter Jung und des NRW-Integrationsministers Guntram Schneider, des Vertreters des Schülerparlamentes Cyril Eschweiler und des Bezirksjugendrates Lukas Hohmann
- Statements von Wuppertaler BürgerInnen und DemonstrationsteilnehmerInnen
- Aktionen der Rebel-Clowns
- Versuche zur Verhinderung des Naziaufmarsches und Reaktionen der Polizei; Übergriffe der Polizei auf Demonstranten
- Festnahme von 40 Neonazis durch die Polizei
- Interview mit dem Neonazi Axel Reitz
- Begleitung des Zusammentreffens, der Demonstration und der Reden der Nazis
- Einschätzungen zum Verlauf des Tages.

Der Film zeigt, wie stark ein breites Bündnis gegen Faschismus und Rassismus sein kann, aber auch wie stark die Nazis hier in Wuppertal trotz massiver Proteste unter dem Begleitschutz der Polizei auftreten konnten und welche Gefahr von den Neonazis mit ihrem hasserfüllten Auftreten und ihren zu Gewalt aufrufenden, antidemokratischen, menschenverachtenden Reden ausgeht.

Veranstalter: Medienprojekt Wuppertal, info@medienprojekt-wuppertal.de www.medienprojekt-wuppertal.de ■

Topf & Söhne – Eröffnung des Erinnerungsortes

ERFURT. Am 27. Januar 2011 wurde der Erinnerungsort „Topf & Söhne – Die Ofenbauer von Auschwitz“ eröffnet.

Die Ausstellung der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora wurde nach ihrer vielbeachteten Präsentation an neun Standorten in Europa stark erweitert und um eine Außenausstellung ergänzt und hat jetzt einen festen Ort. Inzwischen gibt es auch einen Film zur Ausstellung: „Stets gern für Sie beschäftigt, …“ Menschheitsverbrechen und Berufsalltag, Regisseur Aldo Gugolz. Zur Eröffnung gab es ein umfangreiches Programm mit Führungen, Lesungen und Diskussionsveranstaltungen.

Die Ausstellung befindet sich im ehemaligen Verwaltungsgebäude von Topf & Söhne in Erfurt, Sorbenweg 7. Öffnungszeiten: Dienstag bis Sonntag 10 bis 18 Uhr, Anmeldungen von Führungen: topfundsoehne@erfurt.de. Eintritt frei. Um Spenden wird gebeten.

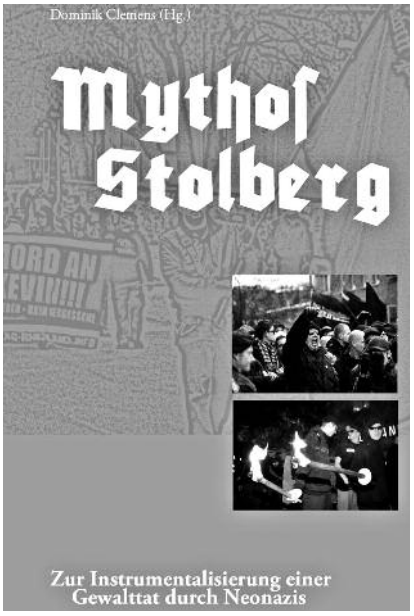
Umfangreiche Informationen auf der Webseite: http://www.topfundsoehne.de/ ■

Dominik Clemens (Hg.) Mythos Stolberg – Zur Instrumentalisierung einer Gewalttat durch Neonazis

Stolberg bei Aachen im April 2008: Bei einer tragischen Auseinandersetzung wird ein 19-jähriger Berufsschüler erstochen. Nur wenige Stunden später marschieren in der Stadt Anhänger von NPD und „Freien Kameradschaften“ auf. Weil der Täter eine Migrationsbiographie hat, verklären die Neonazis die Tat zu einem „„rassistischem Mord“ an einem Deutschen. Das sich alljährlich wiederholende braune Spektakel zieht bis zu 800 Neonazis nach Stolberg. Längst haben die ausländerfeindlichen Aktionen eine Bedeutung weit über die Region hinaus erlangt.

Acht Autorinnen und Autoren untersuchen in journalistischen und wissenschaftlichen Beiträgen die Entstehung des „Mythos Stolberg“, die Geschichte und Gegenwart der lokalen extremen Rechten, die Funktion von Aufmärschen für die Selbstverständigung der Neonazi-Szene und diskutieren schließlich mögliche Strategien gegen den braunen Spuk.

Mit Beiträgen von Maria Blomquist, Dominik Clemens, Michael Klarmann,



Thomas Müller, Stephan Otten, Michael Trube, Fabian Virchow, Peter Zimmermann und einem Vorwort von Ralf Woelk.

Broschiert, 19 x 12 cm, ca. 120 Seiten, zahlreiche SW-Abbildungen. Preis: ca. 8,90 Euro. Erscheint Anfang März 2011. Subskription für Organisationen, Initiativen, Büchertischbetreiber und andere Wiederverkäufer/innen:

Bei Bestellung bis zum 28. Februar 2011 gibt es „Mythos Stolberg“ bei Abnahme mehrerer Exemplare zum ermäßigten Preis – für 6,50 Euro (ab fünf Exemplaren) und für 5,50 Euro (ab zehn Exemplaren) zzgl. einer Versandkostenpauschale in Höhe von 2,50 Euro.

Da hinter dem Projekt kein Verlag steht, hilft jede Bestellung bei der Realisierung dieses Buchprojekts. Anfang März wird das Buch zum regulären Preis im Buchhandel erhältlich sein. Vorbestellungen bitte per E-Mail an nrw-ibs@dgb.de oder per Post an die Info- und Beratungsstelle gegen Rechtsextremismus, c/o DGB-Region NRW Süd-West, Dennewartstr. 17, 52068 Aachen schicken. Gewünschte Zahl der Bücher, Liefer- und Rechnungsadresse nicht vergessen!

„Es lebe die Freiheit!“ Junge Menschen gegen den Nationalsozialismus

Neue Ausstellung des Studienkreises Deutscher Widerstand 1933-1945: 7. Februar – 4. März 2011 Frankfurt a.M. (IG Metall/Main-Forum, W.-Leuschner-Str. 79)

Weitere Informationen bei Studienkreis Deutscher Widerstand 1933-1945/ E-Mail: kontakt@studienkreis-widerstand-1933-45.de
Web: www.studienkreis-widerstand-1933-45.de ■

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB DIE LINKE); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Mal wieder – Hoffnung auf Wahlerfolge

Junge Freiheit Nr. 4/11 vom 21. Januar 2011

Die sieben Landtagswahlen in diesem Jahr nimmt das Blatt zum Anlass, die Situation im eigenen Lager zu beleuchten: „Das rechtssozialistische Lager wird von der NPD praktisch vollständig abgedeckt … Obwohl es auch gemäßigtere Strömungen gibt, wird das Bild von martialischer Rhetorik und aggressivem Auftreten bestimmt, das im Westen der Republik nur einen kleinen geschlossenen Kreis Hartgesottener anzusprechen vermag. In Mitteldeutschland (gemeint sind die neuen Bundesländer) könnte sie … aufgrund ihres dortigen ‚Allein gegen alle'-Image gleichwohl wieder Erfolge erzielen. Auch im rechtskonservativen Lager findet mit der Annäherung von Republikanern und Pro NRW seit vergangenem Frühjahr ein Konzentrationsprozess statt. Spätestens zur Bundestagswahl 2013 oder zur Europawahl 2014 wollen beide in gemeinsamer Formation antreten und bis dahin weitere Verbündete gewinnen.

Die größte Aufmerksamkeit wird sich in diesem Jahr auf die Landtagswahlen in Bremen und Berlin richten. In der Hansestadt sagen Umfragen dem Projekt ‚Bürger in Wut' … das Knacken der Fünfprozenthürde voraus, während in Berlin die Neugründung ‚Die Freiheit' … sich erstmals den Wählern stellt. Mit dem Islamkritiker … konkurriert in der Hauptstadt die Bürgerbewegung Pro Deutschland. Vieles spricht dafür, dass erst im Herbst nach den letzten Wahlgängen erkennbar wird, ob und mit welchen Teilnehmern eine neue freiheitlich-konservative Partei in Deutschland möglich ist.

Die unverblümte Einladung des neuen Focus-Chefredakteurs Wolfram Weimer, eine konservative Union-Abspaltung medial zu unterstützen, wagte im vergangenen Jahr keiner der Angesprochenen anzunehmen. Wer immer sich anschickt, das deutsche Parteiensystem zu verändern, wird auf Dauer nicht erfolgreich sein können, ohne solche mediale Wahrnehmung und Schützenhilfe zu gewinnen."

Die große Frage ist, ob die rechten Organisationen sich tatsächlich auf ein einheitliches Programm verständigen können – bis jetzt sieht es nicht so aus. Die antifaschistischen Gruppierungen sollten sich jedenfalls um eine Fortentwicklung ihrer Kritik an den rechten Positionen bemühen. Reine Enthüllungstätigkeit ist angesichts dieser Entwicklungen nicht mehr ausreichend.

In derselben Ausgabe berichtet das Blatt, dass der pro köln-Ratsherr Manfred Rouhs gemeinsam mit dem Geldgeber Patrik Brinkmann die Wahlkampfleitung von Pro Deutschland in Berlin übernehmen will. Dabei greift die Partei auf die aus Köln bekannten Maßnahmen zurück: „In den kommenden Monaten wollen Brinkmann und Rouhs zunächst die Belieferung von rund 1,5 Millionen Berliner Haushalten mit einer Petition gegen die Aufnahme der Türkei in die EU sicherstellen." Damit sammelt die Partei Namen von potenziellen Wählerinnen und Wählern, die dann in der letzten Wahlkampfphase direkt angesprochen und mobilisiert werden sollen. *uld* ■

Angriff auf den „Staatsbürger in Uniform"

Junge Freiheit Nr. 5/11 und 6/11 vom 28. Januar und 4. Februar 2011

Die Auseinandersetzung um die gegen den Rechtsstaat verstoßenden Vorfälle in der Bundeswehr nimmt das Blatt zum Anlass, dezidiert militaristische Positionen zu formulieren. In der Ausgabe 5 behauptet das Blatt, nicht die Todesfälle und die Öffnung von Post seien die Skandale: „Bevor die geöffnete Feldpost skandalisiert wird, müsste danach gefragt werden, ob sich vielleicht brisantes Fotomaterial darin befand … Der wirkliche Skandal liegt darin, dass Politik und Gesellschaft am Militär wenig Interesse haben … Der Unernst unserer Eliten ist eine Gefahr für das Land. Wir haben es mit Terrorismus, Piraterie und globalen Machtverschiebungen zu tun. Die Zufuhr von Rohstoffen und die Sicherheit der Handelswege ist alles andere als sicher. Auch die militärische Abwehr gewaltiger Flüchtlingsströme können eines Tages im Lebensinteresse Deutschlands und seiner Verbündeten liegen. Das sind die Fragen, über die mit Blick auf die Bundeswehr diskutiert werden muss."

Und das sind Behauptungen, die auf offene Kriegshetze hinauslaufen und den Einsatz der Bundeswehr für Anliegen fordert, die überhaupt nicht vom Grundgesetz gedeckt sind.

In der nächsten Ausgabe erfindet das Blatt dann „Stationen einer Demontage" der Bundeswehr und bewegt sich damit weit von Grundsätzen der Verfassung weg: „Schon vor der Gründung gab es gegensätzliche Meinungen darüber, inwieweit sich der Soldat gegenüber der Politik und Gesellschaft positionieren solle und müsse." Wolf Graf von Baudissin begründete „eine Schwerpunktverlagerung im soldatischen Selbstverständnis und Verständnis des Soldaten in der Zivilgesellschaft, die bis heute das Bild der Streitkräfte beeinflusst."

Sodann wird der Stellvertreter Baudissins zitiert und bewertet: „Tatsächlich klingt hier eine Skepsis gegenüber dem Parlament mit, die seitens der Soldaten nie vollends abgelegt wurde, da der Soldat, im Frieden geführt von einem gewählten Verteidigungsminister, dauerhaft in den Schatten der Parteipolitik treten musste …. Die Belastungen, denen sich die Truppe aufgrund dieser neuen Herausforderungen gegenübersieht, verbunden mit dem Reformdruck und unter dem Druck der Medien und Politik in Bezug auf die Einhaltung der Grundsätze der ‚Inneren Führung' und des betont zivilen Ansatzes vom ‚Bürger in Uniform', welcher im Grund auf Dauer in einer Freiwilligenarmee kaum aufrechtzuerhalten scheint, führen die Bundeswehr in eine höchst ungewisse Zukunft." Dabei sei auch der Einsatz von Frauen ein Grund für diese Ungewissheit. Nun sei der Ton ziviler geworden: „Für viele ist auch der Verlust des gewohnt ‚rauen' Umgangstones in der Armee schwer zu ertragen."

Immerhin hatte ein Teil der Verantwortlichen für die Wiederbewaffnung durchaus begriffen, dass eine eigenständige, kaum von der Politik kontrollierte Armee schnell ein kriegerisches Eigenleben entwickeln kann.

uld ■

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 24 Euro
O Förder-Abo, 13 Hefte 27 Euro
O Jahres-Abo, 26 Hefte 48 Euro
O Förder-Abo, 26 Hefte 54 Euro
O Schüler-Abo, 26 Hefte 30 Euro

Erscheinungsweise: 14-täglich

O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,- Euro).

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, email: gnn-koeln@netcologne.de
Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507